Polen

von der Ostsee

bis zum Schwarzen Meer.

Von

Polschtschak.

1916.

Verlag des Bundes zur Befreiung der Ukraine.

Berlin W. 66, Leipzigerstr. 131. Wien VIII, Josefstädterstr. 79.

Polen

von der Ostsee

bis zum Schwarzen Meer.

Von

Polschtschak.

1916.

Verlag des Bundes zur Befreiung der Ukraine.

Berlin W. 66, Leipzigerstr. 131. Wien VIII, Josefstädterstr. 79.

Digitized by the Internet Archive
in 2019 with funding from
John and Mary A. Yaremko Foundation

https://archive.org/details/polenvonderostse00unse

Einleitung.

Der Bund zur Befreiung der Ukraine schreitet an die Veröffentlichung dieser Schrift ohne Furcht, sich Vorwürfen gewisser gutmütiger Leute auszusetzen, die sogar in diesen schicksalschweren Zeiten allüberall lauter Eintracht und Friedfertigkeit sehen möchten.

Der Bund zur Befreiung der Ukraine hätte sich nicht erlaubt, gegen „einen Feind seines Feindes" aufzutreten, wenn ein solcher „Freund" der nationalen Sache des ukrainischen Volkes zumindest gleichgültig gegenüberstünde. Leider war das nicht der Fall im Laufe des politischen Zusammenlebens des polnischen und des ukrainischen Volkes, und diese Behauptung trifft auch im gegenwärtigen Augenblick zu, wo das deutsche Schwert über das Schicksal des polnischen, wie auch des ukrainischen Volkes entscheiden soll. Die polnischen Politiker haben keine Lehren aus **der Geschichte** *gezogen, von polnischen habgierigen Gelüsten auf das ukrainische Land nichts vergessen und wollen nicht sich im jetzigen entscheidenden Augenblick zum besseren bekehren lassen.*

Durch dieses halsstarrige Verharren werden wir nun gezwungen, die vorliegende Erwiderung auf die der Oeffentlichkeit bekannten Pläne der polnischen Politiker herauszugeben, die ob unverhohlen ob geheim darauf hinarbeiten, unser Volk und unser Land den polnischen nationalen Zielen dienstbar zu machen, ohne auf die Bestrebungen unseres Volkes Rücksicht zu nehmen und den Wünschen derjenigen Rechnung zu tragen, die allein imstande wären, das ukrainische Volk der russischen Knechtschaft zu entreissen.

Wir erachten es für unsere Pflicht, denjenigen, die mit unseren Zuständen wenig vertraut sind, vor Augen zu führen, was für ver-

hängnisvolle Folgen sich für die Mittelmächte aus der Verwirklichung der grosspolnischen Träume ergeben könnten.

Dem national-staatlichen Grundsatz getreu würde der Bund zur Befreiung der Ukraine die Befreiung Russisch-Polens vom russischen Polizeiregime mit aufrichtiger Freude begrüssen und die Bildung eines polnischen Nationalstaates in **ethnographischen Grenzen** *Russisch-Polens oder das Zustandekommen irgendeiner anderen politischen Kombination, welche den polnischen nationalen Bestrebungen entsprechen würde, gutheissen, das alles aber nur unter Vorbehalt:*

Ein polnisches Staatsgebilde auf den vom polnischen Volke bewohnten Gebieten.

Der Herausgeber.

I.

Der kommende Weltkongress, dem die Aufgabe zufallen wird, die politische Weltkarte neu zu gestalten, wird augenscheinlich viel Analogie zum grossen europäischen Kongress vor hundert Jahren haben, dabei aber auch manche grundsätzliche Verschiedenheiten von jenem aufweisen. Während der leitende Grundsatz des Wiener Kongresses das Ziel verfolgte, die politischen Verhältnisse Europas vor der grossen Revolution möglichst voll wieder herzustellen, wird die kommende Friedensversammlung, soweit menschliche Voraussicht reicht, die entgegengesetzte Richtung einschlagen. Selbst zur Zeit, wo sich die strategische Lage noch nicht so entschieden zugunsten der Zentralmächte gestaltet hatte, war klar, dass, wer auch als Sieger die künftigen Friedensbedingungen bestimmen mag, auf einen möglichst gründlichen Umsturz der vor dem Kriege herrschenden Machtverhältnisse hinarbeiten wird, damit dem enormen Weltunglück die entsprechende Sühne und Gewähr für die Zukunft folge.[1] Das neue Prinzip wird daher dem alten legitimistischen als revolutionär gegenüberstehen und seinen besonderen Ausdruck darin finden, dass nicht nur manchem Gliede des bisherigen Staatensystems eine veränderte Rolle vorgeschrieben, sondern auch durch Heranziehung neuer politischer Faktoren und Kräfte dem Staatensystem selbst ein neues Antlitz gegeben wird. Das letztere gilt vor allem für Osteuropa, wo unter dem Deckmantel des russischen Imperialismus sich manche verborgenen Werte von weltgeschichtlicher Tragweite befinden und sowohl ihrer Schicksalsstunde als auch des richtigen Mannes starker Hand harren. Inwieweit diese Kräfte in allernächster Zukunft verwertet werden können, hängt von dem vorläufig noch nicht ganz absehbaren Grade des russischen militärischen und politischen Zusammenbruches ab; dass aber dessen bisheriger Verlauf bereits zum Ausgangspunkte eines neuen osteuropäischen Zeitalters geworden ist, lässt sich nicht mehr in Abrede stellen. Somit tritt das im Zusammenhange stehende Problem der nichtstaatlichen Völker Osteuropas in den Vordergrund und erfordert eine eingehende Prüfung in bezug auf alle Vorbedingungen ihrer eventuellen politischen Verwertung. Das Problem ist nicht einfach, weder in seiner Auffassung noch in seiner Behandlung, zumal, da es praktisch-politisch ganz neu ist und beinahe jedes vorbereitenden Fachstudiums entbehrt. Man darf nicht die durch Russland unterdrückten

---

[1] Sollte das gewaltige Ringen, wider alles Erwarten, als Remis-Partie enden, dann wird der nächste Friedensschluss nichts anderes als die Vereinbarung eines Waffenstillstandes sein.

Fremdvölker nach einer Schablone beurteilen, geschweige denn behandeln. Wer sich der Meinung hingibt, diese Völker reichen in ihren Ansprüchen und Hoffnungen nicht über den Wunsch hinaus, zwischen ihnen und dem Moskowiterreiche einen neuen politischen Kordon „um jeden Preis" gezogen zu sehen, liefert den Beweis, dass er der Erkenntnis des Problems fern geblieben ist.

Die Ursachen der Unzufriedenheit einzelner Fremdvölker Russlands sind zu verschieden und stehen sogar mehrfach in zu komplizierten Verhältnissen zueinander, als dass sie durch irgendein „einfaches" Mittel behoben werden könnten. Darum mögen sich die Zentralmächte hüten, Entschlüsse zu fassen, ohne vorher jedes einzelne Problem gründlich kennen gelernt und erwogen zu haben. Von etwa einem Dutzend Fremdvölkern Russlands, die sich auf irgendwelche Weise politisch verwenden liessen, sind zwei von grösster Bedeutung: die Polen und die Ukrainer, und zwar liegt diese Bedeutung weniger darin, dass diese Völker an und für sich gewisse politische Werte darstellen, vielmehr in der Lage bzw. in den Eigentümlichkeiten ihrer Hauptwohngebiete selbst und in dem Umstande, dass von den beiden Völkern beträchtliche Teile sich innerhalb der Grenzen der verbündeten Kaisermächte befinden und dass ihre national-politische Entwicklung mit dem Verhältnisse dieser Mächte zu Russland verknüpft und durch den gegenwärtigen Krieg wesentlich beeinflusst wird.[2] Dabei aber bilden beide Fragen, die polnische und die ukrainische, zwei von Grund aus verschiedene Typen national-politischer Probleme, die eher von einem Gegensatze zueinander als von einer Interessengemeinschaft Russland gegenüber beherrscht scheinen.

Die vorliegende Schrift ist der polnischen Frage gewidmet, weil diese dank den Kriegserfolgen bereits in ihrem vollen Umfange zur theoretischen Beurteilung und praktischen Lösung reif geworden ist. Es wird hiermit der Zweck verfolgt, manche weniger bekannten und scheinbar weniger bedeutenden, in Wirklichkeit aber hochwichtigen Seiten des polnischen Problems zu beleuchten und eine richtige Orientierung in dieser komplizierten Angelegenheit zu erleichtern.

II.

Die polnische Frage ist eines der verwickeltsten und schwierigsten national-politischen Probleme Europas. Sie ist sowohl an äusseren Gegensätzen als auch an inneren Widersprüchen so reich, dass ein passendes Gegenstück in der politischen Welt nicht leicht zu finden ist. Es ist nicht nur heute so. Die Ansicht, dass erst die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert diese verhängnisvollen Verhältnisse herbeigeführt hätten, ist nicht begründet. Auch das ehemalige selbständige Polen war

---

[2] Hier kommen nicht in Betracht: Rumänien mit Rücksicht auf das staatliche Rumänien, und Litauer wegen der Geringfügigkeit ihres Bodenbesitzes in Preussen. Auch die Bedeutung der Deutschen in Russland kommt infolge des Mangels an einem geschlossenen ethnographischen Gebiete hier weniger in Frage.

hinsichtlich seiner Entstehung, Entwicklung, politischer und sozialer Struktur ein anachronistisches Unding und infolgedessen ein wahres Unheil für Mittel- und Osteuropa; unter anderen Verhältnissen hätte Russland nie solch riesige und gefährliche Dimensionen, wie es heute der Fall ist, erreichen können. Da die polnische Vergangenheit aufs innigste mit der Gegenwart verbunden und zum ausschliesslichen Born des nationalen Gedankens der Polen geworden ist, darf man bei der Behandlung der polnischen Zukunft diesen historischen Zusammenhang keineswegs ausser acht lassen, vielmehr muss man in demselben die einzig richtigen Kriterien zur Beurteilung einzelner Seiten der polnischen Frage suchen. Denn die Polen bilden das klassischste Beispiel eines Volkes, welches aus seiner wechselreichen Geschichte niemals eine Lehre gezogen hat. Im Gegenteil, sie glauben fest, das Vermächtnis ihrer Geschichte in vollem Umfange und nach allen Richtungen ungeschmälert und unverändert aufrechterhalten zu können und zu müssen. Sollte man daher in dem heutigen weltgeschichtlichen Momente nicht vorsichtig genug handeln, um einen unkorrigierbaren Missgriff zu vermeiden, so würde man Gefahr laufen, dass die vergangenen Unglückseligkeiten sich jetzt wiederholen. . .

Die Polen bilden ungeachtet dessen, dass der Boden ihrer Vorfahren heute innerhalb der Grenzen von vier[3] Staaten liegt, eine ausgesprochen national-politische Individualität — dank der oben erwähnten sehr lebendigen und stark gefestigten geschichtlichen Ueberlieferung. Folglich ist auch ihre nationale Psyche, welche im Laufe des 19. Jahrhunderts endgültig feste Charakterzüge erhalten hat, so einheitlich, wie kaum bei einem anderen Volke. Bezüglich der Grundlagen der nationalen Ideologie, ihrer Formen und Ziele, ist beinahe kein Unterschied zwischen den Polen Oesterreichs, Russlands und Preussens zu verzeichnen. Einige Grundzüge des polnischen Nationalgeistes müssen hier hervorgehoben werden.

Vor allem der Imperialismus. Er äussert sich vorzugsweise in einem starken Staatstrieb, der sich mit der Möglichkeit einer freien Entwicklung der völkischen Eigenart im Rahmen eines fremden Staatsverbandes nicht zufriedenstellen will, vielmehr nach der völligen Souveränität in Form eines grossen und mächtigen national-polnischen Reiches strebt. Dabei aber sind die Polen bereits seit dem 14. Jahrhundert fortwährend daran gewöhnt, ihre politischen Pläne nicht auf das eigentliche polnische Volk zu beschränken; ihre historische Rolle fortsetzend, betrachten sie sämtliche Gebiete des ehemaligen Polens, ohne Rücksicht auf nationale Verschiedenheiten und Gegensätze, als ein unteilbares und unveräusserliches Nationalerbe und alle darauf wohnenden Völker rundweg als selbstverständliche Untertanen Polens. Diese imperialistische Tendenz mag bei einem unstaatlichen, nicht zahlreichen und bodenarmen

---

[3] Wir sagen ausdrücklich vier. Es sind nur wenige Jahre vorüber, dass die Polen anlässlich des Grenzprozesses um das „Meerauge" im Tatragebirge zwischen Galizien und Ungarn, beim Schiedsgerichte in Graz allen Ernstes ihre Ansprüche auf die bekannten 16 Zipserstädte erhoben haben. Auch die zahlreichen unter der Fahne der Entente erschienenen Projekte einer politischen Neugestaltung Europas vergessen nicht, das Zipserland für das künftige Polen zu annektieren. (Vgl. La paix, que nous devons faire, 1915.)

Volke, wie es die Polen sind, noch so ungewöhnlich oder krankhaft erscheinen, so ist sie doch eine reelle politische Erscheinung, indem sie die einzig massgebende Richtlinie der polnischen Politik, die sog. Jagiellonische Idee darstellt; sie verdient daher demgemäss behandelt zu werden.[4]

Im engen Zusammenhange mit diesem eigenartigen Imperialismus steht der aristokratische Charakter der polnischen Politik. Bekanntlich war der polnische Adel Gründer des historischen polnischen Reiches und blieb auch später eigentlicher Träger des nationalen Gedankens. Den besten Ausdruck dieser Tatsache gibt die polnische Literatur! Aus diesem Grunde spielt der Adel eine ungewöhnlich bedeutende Rolle im polnischen öffentlichen Leben, und nur dieser einzige Stand kommt bei allen polnischen Zukunftsträumen in Betracht, gleichgültig, ob diese von Aristokraten, Demokraten oder Sozialisten geträumt werden. Diesem Glauben, eine spärliche adelige Schicht sei imstande, das eigentliche Volk zu ersetzen, schliesst sich noch eine polnische Eigentümlichkeit an, und zwar die Behandlung des religiösen Lebens.

Es lebt bei den Polen vom Mittelalter her die Ueberzeugung fort, dass der römisch-katholische Glaube mit der polnischen Nationalität identisch ist, dass somit der echte Pole nur ein römischer Katholik sein könne, und dass jeder römische Katholik in den „polnischen" Ländern eo ipso, ohne Rücksicht auf seine völkische Abstammung, auch Pole sein müsse. Wie dieser Standpunkt der katholischen Kirche in vergangenen Zeiten sehr viel Schaden zugefügt hat, so ist er auch heutzutage noch eines der Haupthindernisse, denen die Ausbreitung des Katholizismus, zumal der kirchlichen Union, im Osten begegnen.[5]

Mit dieser religiösen Exklusivität steht im ursächlichen Zusammenhange noch eine besondere, ausschliesslich das Polentum charakterisierende nationale Eigenschaft, der sog. Messianismus, eine krankhafte Erscheinung, die sich im Glauben, die Polen seien ein von der Vorsehung erwähltes und zur Erlösung der Menschheit bestimmtes Volk, offenbart und praktisch die Formen eines unbeschränkten Chauvinismus und rücksichtsloser Unduldsamkeit den Fremdvölkern gegenüber annimmt.

---

[4] Dass die Jagiellonische Idee keine blosse Schwärmerei unverantwortlicher Individuen ist, wird durch die Broschüre über „Die polnische Frage" eine offizielle Publikation des „Obersten polnischen Nationalkomitees", welches zurzeit bei den dreibundfreundlichen Polen als „in der Geschichte Polens nach den Teilungen die erste, öffentliche und legale Institution" angesehen wird (Polen I, 40), bewiesen. Vielleicht noch deutlicher spricht das neuerschienene „Handbuch der polnischen Statistik" (Statystyka Polski. Tableau statistique de la Pologne, Krakau 1915), wo als „Polen" folgende Gebiete betrachtet werden: Kongress-Polen, Litauen und Weissruthenien (Wilna, Kowno, Grodno, Minsk, Mohilew, Witebsk), „Ruthenien" (Wolhynien, Podolien, Kiew), Galizien, Oesterreichisch-Ostschlesien, „Grossfürstentum Posen", Westpreussen („Königliches Preussen"), Ostpreussen („Herzogliches Preussen"), Oppeln.

[5] Diese hemmende Rolle des polnischen Katholizismus in Osteuropa wurde von neutralen (zumal den italienischen Kirchenhistorikern, z. B. Msgn. Palmiari) bereits erkannt, bewiesen und gewürdigt.

III.

Diese wesentlichen Merkmale des polnischen nationalen Geistes lassen zur Genüge erkennen, dass das Polentum, als politischer Faktor betrachtet, schon in seinem inneren Wesen an einer eigentümlichen Anomalie leidet. Das Bewusstsein, dass all die stolzen Triebe der Nationalpsychologie nicht im rechten Verhältnisse zur Summe der inneren Kräfte des eigenen Volkes stehen, lässt daher die Verwirklichung dieser Pläne in fremder Hilfe suchen. Dass dieser Weg der einzig richtige ist, die nationale Unabhängigkeit in gewünschter Form und ersehntem Umfange wieder zu erreichen, schien den Polen nach den aufständischen Bemühungen gegen alle drei Teilungsmächte[6] auch die politische Erfahrung in Oesterreich hinreichend zu beweisen, wo die Polen dank ihrer diplomatischen Gewandtheit unter Ausnutzung der kleinmütigen Eifersuchtspolitik des Kanzlers Beust eine staatspolitische Stellung erlangen konnten, welche der wirklichen Stärke und Bedeutung ihres Volksstammes keineswegs entspricht. Diese Tatsache, dass die Polen in Galizien, wo sie nur in Minorität sind, eine beinahe unumschränkte politische Souveränität auszuüben und in der Monarchie eine führende, wenngleich nicht glückliche, Rolle zu spielen vermochten, unterhielt ihren Glauben an die Durchführbarkeit ihrer nationalen Pläne und veranlasste sie, sich fortwährend an diese oder jene von den zwischeneinander konkurrierenden Teilungsmächten anzulehnen und diese zum „Sammeln polnischer Länder“ zu bewegen, um später bei einer passenden Gelegenheit das eigene nationale Ideal auch gegen den „Befreier“ selbst zu verwirklichen. Diese Taktik musste freilich zu einer äusserlichen Spaltung der polnischen nationalen Politik führen, einer Spaltung, welche durchaus keine moderne Erscheinung, sondern so alt wie die polnische Frage selbst ist. Sie bleibt auch immer nur eine t a k t i s c h e Massnahme, durch welche die Einheitlichkeit der polnischen nationalen Idee nicht im geringsten geschädigt wird.

Der Umstand, dass der russische Teil Polens am grössten war, dass die dortigen Polen sich bis 1863 einer ziemlich umfangreichen Autonomie erfreuten, deren sie nur durch eigene, heute allseitig anerkannte Schuld verlustig wurden, sowie nicht zumindest der aufrecht erhaltene Zusammenhang Russisch-Polens mit den litauischen, weissruthenischen und ukrainischen Ländern, die ehemals zur polnischen Republik gehört hatten und auch noch heute von den Polen als unveräusserliche Bestandteile ihres Vaterlandes betrachtet werden, — alles dies hatte zur Folge, dass solche Hoffnungen auf Wiedervereinigung polnischer Länder h a u p t s ä c h l i c h m i t R u s s l a n d verknüpft waren, wenn auch zeitweise die

---

[6] Die in der breiten Oeffentlichkeit verbreitete und besonders heute von den Polen sorgfältig unterhaltene Ueberzeugung, dass polnische Aufstände nur gegen Russland gerichtet waren, ist unbegründet; Oesterreich hatte auch mit wiederholten Aufstandsproben (1790, 1809, 1848) zu tun. Dass sie hier und in Preussen nicht diejenigen Dimensionen, wie in Russland, erreichen konnten, erklärt sich durch den Umstand, dass in beiden erstgenannten Staaten nur Bruchteile der polnischen Nation leben.

beiden anderen Mächte, Deutschland und Oesterreich, mit in Rechnung gezogen wurden. Uebrigens lässt sich das Vorhandensein zweier bzw. dreier sich auf verschiedene Nachbarstaaten stützender Parteien in der polnischen Geschichte einige Jahrhunderte zurückverfolgen.[7] Eine ständige moskwophile Partei bestand auch seit der Mitte des 17. Jahrhunderts; daran haben die Teilungen Polens nichts geändert, vielmehr den Russophilismus verstärkt. Wenn daher polnische Politiker von dem natürlichen Gegensatze zu Russland erzählen, so sind diese Behauptungen nicht stichhaltig.[8] Die Kämpfe, welche im Laufe der Geschichte zwischen Polen und Russland (Moskowien) geführt wurden, sind keine wirklichen Nationalkämpfe im üblichen Sinne des Wortes, wie z. B. die deutsch-französischen oder bulgarisch-serbischen Gegensätze, sondern eher Streitigkeiten um die Beute auf den fremden, zwischen den beiden Interessierten liegenden Gebieten (das polnische und das russische Volk besitzt bekanntlich gar keine gemeinsamen Berührungspunkte), Streitigkeiten, die dem Kampfe zwischen England und Frankreich um den Kolonialbesitz analog wären. Wer daher in der heutigen englisch-französischen Waffenbrüderschaft keinen politischen Widersinn erblickt, muss auch die heutige angeblich „unverständliche" Sympathie zwischen Polen und Russland nicht nur als verständlich, sondern auch als natürlich finden. Daran ändern die polnischen Aufstände von 1831 und 1863 ebenso wenig wie die wiederholten Kämpfe der Ungarn gegen Oesterreich an der heutigen österreichisch-ungarischen Waffenbrüderschaft.

Die Schwankungen in der Haltung der Polen gegenüber den einzelnen Teilungsmächten waren nicht nur durch rein politische Erwägungen bedingt, sondern auch durch wirtschaftliche und soziale Inter-

---

[7] Seit der Mitte des XVII. Jahrhunderts entbehrte das polnische Reich jeglichen eigenen organischen Rückgrates und konnte seine illusorische Unabhängigkeit nur mit Hilfe der untereinander konkurrierenden Nachbarstaaten behaupten.

[8] Eine polnische Broschüre, die ad captandam benevolentiam Germaniae veröffentlicht worden ist und die den Namen eines Berliner Universitätsprofessors im Titel führt, behauptet allen Ernstes, die polnische Geschichte habe nur einen einzigen Mann aufzuweisen, der den polnischen Thron Russland angeboten hätte, und zwar den Fürsten Czartoryski. Es genügt, bloss oberflächlich mit der polnischen Geschichte vertraut zu sein, um zu wissen, dass seit dem XVI. Jahrhundert sehr oft von polnischen Thronkandidaten aus der Zarenfamilie die Rede war und dass diese Bewerber immer auf einen Anhang unter den Polen rechnen konnten. — Aber nicht nur in entlegenen Zeiten waren die Polen dem Verständnisse gemeinsamer Interessen zwischen Polen und Russland zugänglich. Im Jahre 1905, in der Morgendämmerung des russischen Konstitutionalismus, wurde in Warschau ein beachtenswertes Handbuch der polnischen politischen Kunst („Z dziejów odrodzenia politycznego Galicyi, 1859—1873") zwecks Instruierung der russischen Polen herausgegeben. Die Darstellung, wie die österreichischen Polen zur galizischen Autonomie und zu ihrer Machtstellung in der Monarchie gekommen sind, sollte die polnischen Politiker in Russland belehren, dass sie im Interesse der polnischen Zukunft eine entschieden reichstreue und dynastische Loyalitätspolitik Russland gegenüber einzuschlagen und nicht etwa von einem Aufstande zu träumen, geschweige denn nach Oesterreich zu schielen haben. Die Verfasser des Werkes waren die ausgesprochensten „Oesterreicher" unter den Polen, die Krakauer konservativen Universitätsprofessoren: Bobrzynski (nachmaliger k. k. Statthalter), Jaworski (heute der Präsident des Obersten Nationalkomitees) und Milewski (vor dem Kriege an der Universität Lemberg, jetzt geflüchtet mit den Russen).

essen der führenden Klassen stark beeinflusst. Die Bedeutung der ersteren (wirtschaftlichen) ist in neueren Zeiten hinsichtlich Russisch-Polens allgemein bekannt; die der letzteren (sozialen) etwas vergessen. So wurde z. B. die antiösterreichische Strömung des 18. Jahrhunderts in Galizien durch die Reformen Josephs II., die antirussische der 60er Jahre in Russisch-Polen durch die Bauernbefreiung, die vorübergehende Deutschfreundlichkeit 1905 daselbst durch die Angst vor der Agrarreform usw. hervorgerufen. Andererseits ist es auch nicht ganz richtig, wenn man glaubt, der moderne Russophilismus der Polen Russlands werde durch wirtschaftliche industrielle Gründe allein bedingt; eine starke Mitwirkung politischer und sozialer Motive ist hier unverkennbar; ohne die letzteren würde die Haltung der polnischen Agrarier und der Russophilismus unter den galizischen Polen, hauptsächlich unter der Bureaukratie und den Grundbesitzern, direkt unverständlich sein. Wenn ein Teil der galizischen Polen (vorzugsweise die westgalizischen) bis zum letzten Augenblicke sich dem Russophilismus gegenüber ablehnend verhielt, so geschah dies in richtigem Verständnisse, dass der politische Besitzstand des Polentums in Oesterreich viel grösser ist als seine gesetzliche Berechtigung, und dass es sich noch lohnt, um dieses Ueberschusses willen loyal zu sein und Legionen zu bilden, deren ursprüngliche Bestimmung mit der reinen Loyalität nichts gemeinsam hatte, wie das die über die Entstehung der Legion Unterrichteten wissen. Man gab sich ursprünglich der Täuschung hin, dass in dem zu erwartenden Kriege eine etwa 50 000 Mann starke Truppe eine militärisch und politisch selbständige und wirksame Rolle spielen würde. Trotzdem hat die polnische Legion unter sehr ausgiebiger Unterstützung seitens der Monarchie nicht ein Viertel der genannten Ziffer erreicht, obwohl die Legionäre grösstenteils zwangsweise eingezogen wurden. Dass Russisch-Polen sich in dieser Beziehung ablehnend verhält, ist allzu bekannt, um dem polnischen Märchen von dem „Enthusiasmus“ der polnischen Bevölkerung in Russland Glauben schenken zu können. Die Tatsache, dass ausser der polnischen Legion in Oesterreich noch je eine in Russland und Frankreich gebildet wurde, steht unumstösslich da.

In Anbetracht alles dessen darf es also nicht wundernehmen, wenn das bekannte russisch-englische Abkommen über die Regelung der polnischen Frage nach dem für die Entente siegreichen Kriege nicht nur einen beinahe ungeteilten Beifall inmitten der Polen Russlands, sondern auch ausserhalb derselben vielfache Sympathien fand. Freilich, eine solche Lösung des polnischen Problems erscheint für die Polen als die gegebenenfalls günstigste. Ein ethnographisch-einheitliches Gebiet von etwa 170000 qkm mit beinahe 20 Millionen Einwohnern, angegliedert an das russische Weltreich in der Form einer Realunion bei gleichzeitiger Zertrümmerung der Zentralmächte, würde grossartige Aussichten für die polnische Zukunft eröffnen.

In der an dem Projekte geübten Kritik wurden polnischerseits zwei Hauptmängel hervorgehoben:[9] die fragliche Zugehörigkeit Danzigs und

[9] Professor Dr. Alexander Brückner „Russen und Polen“ (Leipz. Illustr. Ztg.“ v. 18./III. 1915); Professor Dr. Moritz R. v. Straszewski: „Die polnische Frage“, Wien 1915 u. a.

das Fehlen jeder Gewähr für die national-politische Stellung polnischer Leute in den „historischen" Teilen Polens, d. i. in Litauen, Weissruthenien, in der Ukraine, besonders aber im heutigen Ostgalizien. Was diesen zweiten Vorwurf betrifft, ist er schwach begründet; erstens wird das Polentum in den „historischen Provinzen" (oder wie sich die Polen modern ausdrücken: in „Ostpolen") durch die verabredete Autonomie des ethnographischen Polens keineswegs in seiner bisherigen Stellung beeinträchtigt, vielmehr nach Mass der Entwicklung des Mutterlandes gestärkt; zweitens ist eine Gewähr für die Erhaltung dieses spärlichen Polentums nur so lange möglich, als die „historischen Untertanen" Polens in jenen Ländern (Litauer, Weissruthenen, Ukrainer) national unterdrückt bleiben, und darum kümmert sich Russland in seinem eigenen Interesse aufs eifrigste.

Dasselbe gilt auch bezüglich Galiziens, durch dessen Russifizierung das Polentum manchen Gewinn für sich zu verbuchen hoffte, wie es seinerzeit in Weissruthenien und im Cholmer Land der Fall war. Durch die Unterdrückung der unierten Kirche würden viele griechische Katholiken zum römischen Katholizismus, der bei dem gemeinen Volke „polnischer Glaube" genannt wird,[10] übertreten und somit der Polonisierung ausgesetzt bleiben. Diesen Entwicklungsgang der Russifizierung Galiziens hatte bekanntlich auch der gewesene galizische Generalgouverneur Graf Bobrinskij in einer Besprechung den ausländischen Korrespondenten in Aussicht gestellt. Der Umstand erklärt die auf den ersten Blick widersinnige Tatsache, dass der polnische, durchaus nationalistisch gesinnte Klerus stark russophil ist.[11] Der Anschluss Polens an Russland gibt den Polen das Monopol, den Katholizismus in dem ganzen russischen Imperium zu vertreten, zu führen, zu beeinflussen und national auszunützen. Nur unter solchen Verhältnissen kann der hergebrachte Wahn, Polen reiche in Russland so weit, wie Katholiken zu finden sind, noch immer fortleben. Dieser Theorie gemäss bildete sich unter den Polen überhaupt, in den geistlichen Kreisen insbesondere, die Ansicht, die kirchliche Union in Osteuropa wäre sowohl in der Geschichte als auch gegenwärtig vom polnisch-kirchlichen Standpunkte aus schädlich, als eine Verfassung, die der polnischen Ausbreitung im Osten einen Damm schaffe und die „untertänigen" Völker Polens (zumal die Ukrainer) national fördere.[12] Deswegen wandte die polnische Geistlichkeit alle Mittel an, um im Jahre 1905 mit dem russischen Toleranzpatente das Entstehen der Union zu verhindern; die Folge dieser Politik war doppelt: die Union ist bis heute aus Russland verbannt, und den Anhängern des Katholizismus

---

[10] Ein passendes Gegenstück zu dieser Benennung haben wir in Ungarn mit seinem „magyarischen", „deutschen", „slovakischen", „ruthenischen" usw. Glauben, der mit den sprachlich-nationalen Verhältnissen durchaus nicht übereinstimmt. Dasselbe gilt auch in den besprochenen Ländern.

[11] Dass auch die preussisch-polnische Geistlichkeit von dieser Gesinnung nicht frei ist, wird sehr klar durch die Broschüre des P. L. Choinski „Bledna polityka Polski" (Posen 1913) bewiesen.

[12] Wenn also die polnischen Publizisten die russische Bekehrung der ruthenischen Unierten als polnisches Leiden bezeichnen, kann von einer Aufrichtigkeit dieser Behauptung kaum die Rede sein.

wird dieser ausschliesslich in der national-polnischen Form geboten.[13] All dies erklärt die Erscheinung, dass während der vergangenen russischen Okkupation Galiziens die Beziehungen zwischen den Russen und der polnischen römisch-katholischen Geistlichkeit sehr korrekt waren, indessen die griechisch-katholisch-unierte Kirche harten Verfolgungen ausgesetzt wurde, was auch in Ententekreisen, besonders in Frankreich, böses Blut machte. Uebrigens ist es kein Zufall, dass die russophilsten Elemente unter den Polen gerade diejenigen sind, welche auf diesen „historischen" Gebieten, zumal auf dem ukrainischen Boden, leben und wirken. Auf diese Weise braucht die Unzufriedenheit nicht sehr ernst genommen werden.[14]

Nun aber besitzt der Grey-Ssasonoffsche Plan der Errichtung eines neuen Polens keine Aussicht auf Erfolg. Ausser ihren bisherigen polnischen Gebieten verfügen jetzt die siegreichen Zentralmächte über den gesamten russischen Teil Polens, und nur ihnen steht jetzt das entscheidende Wort über die polnische Zukunft zu. Um dies für die polnische nationale Sache möglichst günstig zu gestalten, bemüht sich nun die antirussische Partei, und zu dem Zwecke überhäuft sie die öffentliche Meinung und die massgebenden politischen Kreise der Zentralmächte mit zahlreichen Vorschlägen, Forderungen und Drohungen, um dieselben für polnische Ziele zu gewinnen und die Errichtung eines Polenstaates nach einem von den polnischen Politikern vorgeschriebenen Schnitt durchzusetzen — eines Staates, welcher einen gewissen Ersatz für das bereits verlorene Ideal bilden könnte. Bevor wir diese polnischen Wünsche einer näheren Besprechung unterziehen, müssen wir einige Grundsätze und Tatsachen, welche bei der Behandlung solcher Fragen überhaupt und der polnischen insbesondere in Betracht kommen, feststellen.

IV.

In der Beurteilung der politischen Bedeutung eines Volkes kommen verschiedene Gesichtspunkte in Betracht, und zwar bezüglich seines Wohngebietes in geographisch- und wirtschaftlich-politischer Hinsicht, ferner seiner numerischen Stärke, seiner national-politischen Ideologie und Interessensphäre, schliesslich seiner staatspolitischen Bestands- und Entwicklungsmöglichkeiten usw.

Wenn von dem Gebiete eines politisch zu wertenden Volkes die Rede ist, so handelt es sich hauptsächlich um sein g e s c h l o s s e n e s W o h n g e b i e t, nicht aber um alle die Länder, in denen die betreffende Nationalität zerstreut ist, denn nur das erstere kann eine feste Grundlage für politische Konstruktionen bilden. Bei den auf eine weite und

[13] Diese Anschauung ist nicht neu, sie reicht sogar in das XVII. Jahrhundert zurück (cf. P. Zaleski, „Historya jezuitow w Polsce"); die neuere historisch-philosophische Begründung dieser Theorie beim Krakauer konservativen Gelehrten Koneczny (hauptsächlich in „Swiat slowianski").

[14] Freilich darf man nicht bezweifeln, dass die Polen sehr gerne das ententemässige Polen sowohl im Norden (Preussen) als auch im Süden (Galizien, die Zips) erweitern möchten, wie es aus manchen polnischerseits inspirierten vierverbandfreundlichen Publikationen herauszulesen ist.

dauernde Zukunft abzielenden Rechnungen muss man von Kolonien, Sprachinseln, Minoritäten usw. absehen, dieselben k ö n n e n bestenfalls als ein Akzessorium, eine eventuell auszunützende Nebensache betrachtet werden.[15] Sowie es keine jüdische Frage im national-politischen, geschweige denn staatspolitischen Sinne gibt, weil die Juden keine beträchtlichere Bodenfläche geschlossen inne haben, muss man auch die Grundlage der polnischen Frage, vom Standpunkte der internationalen Politik, nach dem geschlossenen Gebiete des Volkes zu würdigen trachten. Es kommt nicht darauf an, wie viel Polen überhaupt auf der Erde existieren oder welche fremden Länder sie vor Jahrhunderten politisch beherrscht haben oder in der Zukunft zu unterwerfen wünschen, sondern entscheidend ist, welches geographische Gebiet sie als geschlossene Mehrheit und in welcher Gesamtzahl bewohnen; ferner, ob dieses Gebiet geeignet erscheint, zu gewissen politischen Kombinationen herangezogen zu werden.

Die Bodenfläche des gesamten polnischen ethnographischen Gebietes, welches, wie oben angedeutet wurde, etwa 170 000 qkm gross ist, würde, rein theoretisch genommen, für einen Staat zweiten Ranges genügen, wenn dessen politischer Wert durch manche schwerwiegenden Nachteile geographischer Natur nicht so stark beeinträchtigt würde. Heutzutage aber sind für das polnische Problem die politischen Verhältnisse ausschlaggebend. Es wäre geradezu widersinnig, zu glauben, die siegreichen Zentralmächte — und sei es auch nur eine derselben — würden darauf eingehen, ihren bisherigen polnischen Boden zwecks Wiederherstellung des alten polnischen Reiches abzugeben. Im Gegenteil, ein Blick auf die Gestaltung der österreichischen und besonders der deutschen Reichsgrenzen gegen Osten drängt die Erkenntnis auf, dass die wichtigsten Gründe militärpolitischer Natur eine Abrundung der äusserst ungünstigen Grenzlinie im Osten erfordern und dass diese Gründe sich über alle politischen Empfindsamkeiten hinwegsetzen müssen.

In einem Punkte scheinen auch die Polen des antirussischen Lagers auf dem Boden politischer Nüchternheit zu stehen. Bezüglich der preussischen Teile des ehemaligen Polens geben sich auch sie selbst keiner Täuschung hin, scheinen aber noch nicht einzusehen, von welcher Wichtigkeit für D e u t s c h l a n d eine bessere Sicherung der Ostgrenze ist. Um Berlin zum Verzichte auf die Bestrebungen in dieser Richtung zu bewegen, erklären sich die polnischen Politiker zu einer Gegenleistung bereit, und zwar versprechen sie allen Ernstes, nicht nur im Namen sämtlicher zurzeit lebenden Polen, sondern auch aller künftigen Generationen, ewige Freundschaft für Deutschland zu pflegen, keine Ansprüche mehr auf die preussisch-polnischen Besitzungen zu erheben, sogar diese Länder gänzlich zu räumen, die dortige polnische Bevölkerung weiter nach Osten zu übersiedeln und auf diese Weise den Erfolg des preussischen Kolonisationswerkes zu beschleunigen, wenn Deutschland den sonstigen

---

[15] Wie politisch unwichtig solche Sprachinseln und Sprachkolonien sind, zeigt am besten die Erfahrung in Galizien während der Russenherrschaft. Der künstlich-oberflächliche polnische Charakter Ostgaliziens samt Lemberg ist damals wie vor einem Windhauch verschwunden.

Wünschen der polnischen Staatsmänner, hinsichtlich der Wiederherstellung des polnischen Staates ihrem Plane gemäss, willfährt.[16]

Mit Oesterreich dagegen glaubt man weniger umständlich umgehen zu können. Die Erfahrung mit der galizischen Autonomie und der polnischen Politik in Oesterreich flösst den Polen den Glauben ein, die Monarchie würde sich auch jetzt durch anderweitige und nicht ausschliesslich durch eigene Staatsinteressen leiten lassen, sie würde nicht nur das ganze Ergebnis des gewaltigen Ringens um den Bestand der Monarchie dem polnischen Nationalziele zum Opfer bringen, sondern auch die ererbten Provinzen zu dem Zwecke veräussern. Die österreichische Regierung hat zwar für die Polen eine sehr weitgehende Toleranz, sie weigert sich jedoch, ihre Meinung bezüglich dieser Anmassungen klarzulegen, wahrscheinlich nicht nur, weil man vor dem Frieden besonders vorsichtig sein muss, sondern auch weil das Schicksal des eroberten polnischen Volksgebietes politisch noch nicht entschieden ist.

Das geschlossene polnische Territorium in Russland beträgt 109 000 qkm (Kongress mit Ausschluss gewisser Teile der Gouvernements Suwalki und Cholm, mit Einschluss eines Teiles des Gouvernements Grodno) mit rund 11 Millionen Menschen und kann, ungeachtet der stellenweise recht starken Beimischung von fremden Elementen (Deutsche und Juden) als ein einheitlich polnisches Nationalgebiet (durchschnittlich 80 % Polen) betrachtet werden. Seine Behandlung in politisch-rechtlicher Beziehung könnte verschieden sein. Die einfachste und bei gegebenen Verhältnissen (gemäss den Kriegserfolgen der beiden Mächte) die natürlichste Lösung wäre seine Teilung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, zumal aus Rücksicht auf seine eingeschobene Lage und seinen Mangel an irgendeiner geographischen Abgeschlossenheit. Die zweite Lösung bestünde darin, dass man aus dem ganzen polnischen Volksgebiete Russlands eine politische Individualität bilden und diese in ein besonderes staatsrechtliches Verhält-

---

[16] „Die unter Preussens Zepter lebenden Polen bilden für das zu erwartende polnisch-deutsche Zusammenwirken kein Hindernis. Ohne Zweifel würde ein mächtiger Teil von ihnen dem neuen Reiche zuwandern: „Die Intelligenten, um mehrere jetzt von den Russen bekleidete Aemter zu verwalten, die Bauern, um sich im Osten billigen Boden zu verschaffen."" (Feldmann, 80.)

„Der innerhalb entsprechender Grenzen erfolgte Wiederaufbau eines polnischen Staates würde einen viel stärkeren Faktor der Verschiebung der polnischen und deutschen Bevölkerung zugunsten der letzteren bilden, als die ganze, so sehr kostspielige, die Polen aufrührende antipolnische Politik der preussischen Regierung im Laufe der letzten 30 Jahre." (Studnicki, 17.)

Demgegenüber muss man an die Worte Bismarcks erinnern: „Nur der, der die Polen gar nicht kennt, kann daran zweifeln, dass sie unsere geschworenen Feinde bleiben würden, solange sie nicht die Weichselmündung und ausserdem jedes polnische Dorf in West- und Ostpreussen, Pommern und Schlesien von uns erobert haben würden. Wie kann aber ein Deutscher dafür schwärmen, dem Vaterland in nächster Nähe einen rastlosen Feind zu schaffen, der stets bemüht sein wird, uns bei jeder westlichen Verwicklung in den Rücken zu fallen, der viel gieriger nach Eroberung auf unsere Kosten sein wird, als der russische Kaiser, der froh ist, wenn er seinen jetzigen Koloss zusammenhalten kann." (Brief vom 20. IV. 1848.)

nis zu den Zentralmächten stellen würde. Zuletzt könnte man diesem Staate auch volle Unabhängigkeit anerkennen, selbstredend die Garantien vorausgesetzt, dass diese Unabhängigkeit später nicht zu einem Werkzeuge eines feindlichen Staatensystems wird.

Wie verhalten sich die polnischen Politiker solchen Möglichkeiten gegenüber?

Die genaueren, auf die politische Neugestaltung Polens bezüglichen Wünsche des den Zentralmächten freundlichen Lagers, soweit sie ans Tageslicht gelangen, sind aus mehreren Fassungen bekannt. Manche von ihnen sind als individuelle Aeusserungen zu betrachten, aber manche tragen den offiziellen Stempel der polnischen Nationalpolitik. Von den ersteren kommen hauptsächlich die Ausführungen von Wilhelm Feldmann,[17] Prof. Alexander Brückner,[18] und Wladyslaw R. v. Gizbert Studnicki[19] in Betracht; von den letzteren die Stimme des gegenwärtigen Obmannes des österreichischen Polenklubs,[20] der Aufruf des Obersten polnischen Nationalkomitees vom 8. August,[21] die darauf folgende (von der Zensur unterdrückte) Beschlussfassung des Polenklubs,[22] die Broschüre von Prof. M. Straszewski[23] und die in der Zeitschrift „Polen“[24] niedergelegten Forderungen und Ansichten. Allen diesen privaten und offiziellen Stimmen liegen gemeinsame und einheitliche Prinzipien zugrunde; noch mehr; es lassen sich auch manche Berührungspunkte mit den Veröffentlichungen des ententefreundlichen polnischen Lagers nicht verkennen.

Die gemeinsamen Grundsätze sind folgende: 1. kein Stück des in Russland eroberten polnischen Bodens (sowohl des ethnographischen wie auch des historischen) darf von Deutschland annektiert werden; 2. sämtliche eroberten Teile der ehemaligen polnischen Republik vor 1772 sollen als eine unteilbare politische Einheit vereinigt werden; 3. Galizien soll ungeteilt dem eroberten und wiederhergestellten Polen angegliedert werden. Dabei sei erwähnt, dass in allen Kundgebungen und Publikationen dieses polnischen Lagers Schlesien (das österreichische und das preussische) und die Zips mit Stillschweigen übergangen werden. Auch über die geschichtlich nicht polnische Bukowina wird ebenfalls geschwiegen; wenn aber die Polen dieses Land nicht etwa an Rumänien abgetreten sehen wollen, dann müsste es auch, gleich Galizien, infolge seiner geographischen Lage dem neuen Polen angegliedert werden.

---

[17] a) Zur Lösung der polnischen Frage; offener Brief an G. Cleinow und M. Harden. Berlin, Curtius, 1914. b) Deutschland, Polen und die russische Gefahr; mit einem Vorwort von Dr. A. Brückner. Berlin, Curtius, 1915.

[18] Die Slawen und der Krieg (Int. Monatsschrift, Dez. 1914) und Deutsche Reden in ernster Zeit, Nr. 21, 1915; Russen und Polen „Leipz. Illustr. Ztg.“ 8. II. 1915) und zahlreiche Aufsätze desselben Verfassers gegen die Ukrainer.

[19] Die Umgestaltung Mittel-Europas durch den gegenwärtigen Krieg. Wien, Goldschmidt.

[20] „Voss. Zeitung“ vom 27. III. 1915.

[21] Veröffentlicht in der Tagespresse.

[22] „Münch. Neueste Nachrichten“, Nr. 408 vom 12. VIII. 1915.

[23] Die polnische Frage. Wien 1915. Verlag des Obersten Nationalkomitees.

[24] Organ des Obersten Nationalkomitees, erscheint wöchentlich in Wien seit 1. I. 1915.

Ueber die staatsrechtliche Stellung des zu schaffenden Polens sind die Ansichten ziemlich unklar, in mancher Beziehung auch geteilt: den bisherigen Aeusserungen nach dürfte zwischen Polen und Deutschland kein engeres Band erwünscht sein, dagegen würde ein gewisser Anschluss an die österreichisch-ungarische Monarchie in noch näher zu bestimmender Form nicht weniger Aussicht auf Zufriedenstellung der Polen haben als die vollkommene staatliche Unabhängigkeit. Zweckmässigkeitshalber wird die erstere Form stärker betont. Jedenfalls wird von den Polen eine selbständige politische Stellung beansprucht, welche schliesslich, derjenigen Ungarns nicht unähnlich, internationale Verhältnisse in Zukunft beeinflussen könnte.

Dass die Polen sich gegen den Gedanken einer Teilung Kongresspolens zwischen Deutschland und der Monarchie sträuben, ist verständlich, obwohl die auf diesem Wege erlangte Halbierung des polnischen Volksgebietes für die Polen in mancher Beziehung vorteilhafter sein dürfte als die bisherige Dreiteilung. Die polnische Abneigung gegen andere Lösungsarten ist nicht so leicht erklärlich. So wäre z. B. die Idee der Umwandlung Kongresspolens in einen neuen Bundesstaat oder in ein zweites Reichsland Deutschlands, polnischer Ansicht nach, „eine neue Zerstückelung Polens.[25] Dass die Logik des politischen Gedankens der Polen von der sonst üblichen abweicht, ersieht man auch aus der Publikation des Obersten polnischen Nationalkomitees unter dem Titel: „Die polnische Frage“ von Prof. Straszewski, welche als offiziell zu betrachten ist. Es soll „nur drei einzig mögliche Lösungen“ des polnischen Problems geben, von denen nur eine für die Polen annehmbar wäre. 1. Eine Teilung „der Russland abgenommenen Gebiete“ (also ohne Rücksicht auf deren ethnischen Charakter!) zwischen den Zentralmächten ist unannehmbar; 2. „Ein unabhängiger Staat aus den Russland abgenommenen polnischen (!) Provinzen unter der Habsburger- bzw. Hohenzollern-Dynastie“ ist gleichfalls unannehmbar; 3. ein einheitlicher staatlicher Organismus aus den „von Russland abgetrennten Gebietsteilen (wiederum ohne Rücksicht auf ihren ethnischen Charakter!) mit Galizien im Rahmen der Donaumonarchie“ ist einzig und allein annehmbar.[26]

Es erübrigt sich, die volle Willkürlichkeit der grundsätzlichen Annahme nachzuweisen, als wären nur diese drei Lösungsarten möglich, wie auch auf die durchsichtliche Verfänglichkeit in der Formulierung dieser Möglichkeiten einzugehen; wichtiger ist die Begründung der Urteile und der Schlussfolgerung. Der Verfasser bzw. das Oberste Nationalkomitee verfügt nur über ein einziges Argument in der Begründung der Unannehmbarkeit der ersten zwei Lösungsarten, und zwar: den in diesen Fällen unausbleiblichen Russophilismus unter den Polen, weil Russland ihnen die nationale Vereinigung versprechen würde. Ein Russland, das über keinen Fleck polnischer Erde mehr verfügen würde! Ein Rusland, das heute 60 % des polnischen Volksgebietes beherrscht und angeblich keinen wahren Polen zu verführen vermag! Wenn aber wirklich das polenfreie Russland zu solchen Zauberkünsten fähig sein

---

[25] Feldmanns Deutschland, Polen und die russische Gefahr, S. 76—77.
[26] O. c. S. 73.

wird, dann schafft auch die dritte, „die einzig richtige“ Lösungsart der polnischen Frage, eine sehr gefährliche Lage für die Zentralmächte: Russland wird den Polen Preussen, Posen, beide Schlesien und die Zips versprechen und das ganze Volk in sein Schlepptau bekommen . . . . . Solche logischen Eigentümlichkeiten kommen in der polnischen Politik auf Schritt und Tritt vor.

Bezeichnend ist auch die Frage des polnischen Volksgebietes. Indem das dreibundfreundliche, scheinbar weniger nationalistische Lager die Beschränkung eines künftigen Polenstaates auf das eigentlich-polnische Volksgebiet aufs entschiedenste ablehnt, ist das vierverbandfreundliche, für äusserst chauvinistisch gehaltene Lager mit einer Autonomie im Rahmen der polnischen ethnographischen Grenzen einverstanden und zufrieden. Wie reimt sich das bei einem so einheitlichen Volke, wie es die Polen sind, wo die beiden Lager auf den beiden kriegführenden Seiten vertreten sind? Nie und nirgends ist zwischen den beiden Parteien das wuchtige Wort „Verräter“ gefallen! Diese Brandmarkung wird bloss denjenigen zuteil, welche auf der Grundlage des preussischen bzw. österreichischen Staatsrechtes zu stehen den Mut hätten . . . . Das Rätsel wird aber verständlich, wenn man im Auge behält, dass die Polen mit demjenigen Reiche einen Ehebund schliessen wollen, das 1. sämtliche „historischen“ Provinzen Polens umfassen würde; 2. mehr Aussicht gäbe, in absehbarer Zukunft genügend geschwächt zu werden und die alten guten Zeiten der polnischen Republik in vollem Umfange wiederherzustellen. Darum möge Deutschland auch seine polnischen Anteile zwecks Errichtung eines rein polnischen Bundesstaates hergeben, die ablehnende Stellung der polnischen Politiker (nicht des Volkes selbst!) ist mehr als sicher zu erwarten.

Womit begründen die Polen ihr Sträuben gegen die Idee eines reinen Polenstaates? Ein Argument wird dagegen herangezogen, und zwar, dass eine solche Schöpfung wirtschaftlich nicht gedeihen würde, weil sie kein eigenes Meeresgestade und kein genügendes Absatzgebiet für eigene Industrieprodukte innerhalb ihrer Grenzen hätte.[27] Der Einwand ist aber kaum stichhaltig. Es gab immer Staaten, die ohne Zutritt zum Meere sich günstig entwickeln konnten; es gibt auch Staaten, sogar Grossmächte, die über keine bzw. ganz ungenügende innere Absatzgebiete verfügen. Dafür gibt es ja Staatsverträge, Staatsverbände und Staatenbünde, durch die ähnlichen Mängeln abgeholfen werden kann! Ausserdem bedenke man, dass Russisch-Polen im allgemeinen, abgesehen von einigen Industriestädten, ein wirtschaftlich und kulturell rückständiges Land ist, dessen Organisierung und Kultivierung noch manches Menschenalter in Anspruch nehmen muss. Es ist für den politischen Geist eines Volkes ohne jegliche staatliche Existenz sehr charakteristisch, wenn es andere für seine Interessen verbluten und sich einen Staat errichten lässt, aber unter der Bedingung, dass dieser Staat gleich eine Grossmacht sein müsse.

Ja, eine neue Grossmacht würde entstehen, wenn alle Länder, welche die Polen ihr nationales Eigentum nennen, auch ohne die

---

[27] Studnicki op. cit.

preussischen Teile, zu einer staatspolitischen Einheit zusammengefasst werden sollten. Der Bauplatz für das polnische Staatsgebäude reicht ja im Norden zum Baltischen Meere über die Düna, im Osten zum Dniepr, im Süden zum Karpathenkamm und zum mittleren Dniester oder gar zum Schwarzen Meer. Da es sich daher nicht bloss um den allen polnischen Parteien tief innewohnenden Grössenwahn handelt, ist der Versuch, diesen Tendenzen einen kritischen Masstab anzulegen und sie auf ihre Voraussetzungen und Grundbedingungen zu prüfen, als zeitgemäss anzusehen.

V.

Zuerst eine Reihe von Tatsachen. Das sogenannte Russisch-Polen ist 128 000 qkm gross, wovon etwa 19 000 auf nichtpolnische Gebiete (das litauische im Suwalki-Gouvernement und das ukrainische in Cholm) entfallen. Die Gesamtbevölkerung betrug am Anfang 1911 rund 12 500 000, wovon 72 % zur polnischen Nationalität gehören (14 % Juden, je 4 % Deutsche, Ukrainer und Litauer — die beiden letzteren auf geschlossenen Wohngebieten, — schliesslich 2 % Russen). Die Bevölkerung des geschlossenen litauischen und ukrainischen Gebietes ab- und einen Teil des Grodnoer Gouvernements miteingerechnet, erhalten wir rund 113 000 qkm mit etwa 11½ Millionen Einwohnern. Dies sollte den Grundstock eines Staates von ungefähr 47 Millionen Einwohnern bilden![28] Die nächste Tabelle macht die Zahlenverhältnisse (für 1911) ersichtlich:[29] (S. Tabelle) auf Seite 20).

Einige Erläuterungen zu obigen Zahlen mögen folgen. Bis zur gänzlichen Polonisierung der galizischen Verwaltung galt es immer als richtig, dass in Galizien die relative Mehrheit die Ukrainer (Ruthenen haben (45 %), dass neben ihnen eine polnische (42 %) und eine jüdisch-deutsche Minderheit (13 %) existiert; es galt auch als zugegeben, dass die Zahl der ukrainisch Sprechenden weit zahlreicher ist, als die der Griechisch-Katholischen, dass die Zahl der polnisch Sprechenden weit geringer war als die der Römisch-Katholischen, dass die Juden unter sich eine deutsche Mundart sprechen, im sozialen Leben aber zu Dreivierteln sich der ukrainischen Sprache bedienen. Diese Tatsachen, welche von solch hervorragenden und gewissenhaften Forschern, wie Frhr. v. Czörniy oder Ficker, einwandfrei festgestellt wurden, sind scheinbar bereits längst umgestossen worden. Die polnische Landesverwaltung führte seit 1880 die periodischen Volkszählungen nach eigenen Gesichtspunkten, und nun schlagen die Publikationen des „österreichischen" statistischen Zentralamtes seine hochgeehrten Begründer ins Gesicht: in Galizien bildet die

---

[28] Oesterreich-Ungarn weist demgegenüber auf: 676 000 qkm Flächeninhalt und 51 Millionen Einwohner; Deutschland: 541 000 qkm und 65 Millionen Einwohner.

[29] Jezhegodnik Rossiji 1912; Oesterreichische Statistik N. F. B. I; Hübner-Juraschek, Geographisch-statistische Tabellen, 1914; Krsyzanowski i Kumaniecki, Statystyka Polski, 1915. Zweckmässigkeitshalber werden die Zahlen abgerundet; stellenweise (wo das Volksgebiet mit dem Verwaltungsgebiet nicht zusammenfällt) kann man sie nur annähernd (ca.) bestimmen. Bezüglich Galiziens siehe unten.

Gebiete	Flächeninhalt	Gesamteinwohner	Flächeninhalt des geschlossenen polnisch. Gebietes.	pCt	Einwohner mit polnischer Muttersprache im ganzen Gebiete	pCt.
Rein polnische Gouvernements . .	105 000	11 000 000	ca. 105 000	100	ca. 8 890 000	80
Gouv. Suwalki . .	13 000	681 000	„ 4 000	30	„ 150 000	22
„ Cholm . .	ca. 10 000	ca. 800 000	—	—	„ 160 000	20
Kongresspolen . .	128 000	12 467 000	109 000	85	9 200 000	72
Gouv. Kowno . .	41 000	1 797 000	—	—	162 000	9
„ Wilna . .	43 000	1 957 000	—	—	160 000	8
„ Grodno . .	39 000	1 974 000	ca. 4 000	10	199 000	10
„ Minsk . .	91 000	2 868 000	—	—	86 000	3
„ Witebsk . .	45 000	1 851 000	—	—	63 000	3
„ Mohilew . .	48 000	2 262 000	—	—	23 000	1
Westrussland . .	307 000	12 709 000	4 000	1	693 000	5
Kongresspolen und Westrussland .	415 000	25 176 000	113 000	**27**	9 893 000	33
Gouv. Wolhynien .	72 000	3 920 000	—	—	243 000	6
„ Podolien .	42 000	3 812 000	—	—	88 000	2
„ Kijew . .	51 000	4 604 000	—	—	87 000	2
Südwestrussland .	165 000	12 336 000	—	—	418 000	3
Kongresspolen, Westrussland u. Südwestrussland	580 000	37 612 000	113 000	19	10 311 000	**27**
Galizien	79 000	(1910) 8 029 000	ca. 22 000	30	ca. 3 500 000	43
Bukowina	10 000	(1910) 800 000	—	—	36 000	4
Alle beanspruchten Provinzen . . .	669 000	46 441 000	135 000	20	13 847 000	29

polnische Sprache eine bedeutende Majorität (59 %!), die ukrainische ist auf 40 % gesunken und die deutsche ist nahezu gänzlich verschwunden (1 %). Eine solche Statistik ist zur Grundlage der polnischen Politik überhaupt, besonders aber der Schulpolitik geworden. Die ukrainischen Bewohner einer Ortschaft sind zum Beispiel empört, wenn bei ihnen eine polnische Schule eröffnet wird, wo doch niemand polnisch spricht; sie protestieren. Man hält ihnen aber die amtliche „österreichische“ Statistik vor, und aus dieser kommt die heilige, amtliche Wahrheit heraus, dass die Ortschaft rein polnisch ist; die Protestierenden müssen sich fügen.[30] . . . .

[30] Diese statistische Kunst hat ihren Gipfelpunkt anlässlich der galizischen Landtagswahlreform erreicht, wo ein Nachweis gesucht wurde, die polnische Bevölkerung zahle angeblich nicht weniger als 82 % aller direkten Steuern!

Sollten nun die ukrainischen Politiker, die Gelegenheit ausnützend, von der Regierung verlangen, nach dem Kriege eine neue Zählung durch besondere objektive Organe vorzunehmen, dann würden die Polen Himmel und Hölle in Bewegung setzen und über „eine neue Zerstückelung Polens" klagen, nur um die Sache zu töten, bzw. bis auf die für die Polen günstigeren Zeiten zu verschieben.

Indem die polnischen Politiker mit den Ziffern der angeblich objektiven „österreichischen" Statistik überall protzen und Beweise führen, sprechen sie den Ziffern der russischen Nationalitäten-Statistik jede Beweiskraft ab, weil diese angeblich zuungunsten der polnischen Nation fabriziert wurde. Freilich, die Verlässlichkeit der russischen statistischen Daten ist kaum höher zu schätzen als die Produkte vieler anderer Regierungsorgane Russlands, im Vergleiche mit den Ergebnissen der polnischen Statistik aber ist sie die reine Unschuld. In Russland gibt es heute nur eine Volkszählung nach der Sprache, und zwar die aus dem Jahre 1897, und ihre Prozentsätze werden bis heute noch als gültig angesehen. Diese Zählung ist aber dem wirklichen Wissensbedürfnisse ohne besondere Hintergedanken entsprungen. Wenn das heutige „konstitutionelle" Russland noch nicht gesonnen ist, eine Nationalitätenpolitik einzuschlagen, so hatte dasjenige vom Jahre 1897 noch weniger die Absicht, die statistischen Zahlen nach einem ausländischen Muster zu fälschen, um etwa z. B. der polnischen Bevölkerung russische Schule und russische Amtssprache aufzudrängen und solche Gewalttätigkeiten gegenüber einem Fremdvolke vor einer höheren Regierung zu rechtfertigen. Aus dem Grunde muss man die Daten der russischen Nationalitäten-Statistik vom Jahre 1897 im grossen und ganzen als richtig betrachten, zumal wenn sie mit andern Quellen im Einklange sind.[31] Was die bereits eroberten und etwa zu behaltenden Länder Russlands anbelangt, wird es nach dem Frieden unumgänglich sein, eine verlässliche Volkszählung durchzuführen, bis dahin aber müssen die allgemeinen Orientierungspunkte in den ethnischen Verhältnissen dieser Länder in den Prozentsätzen vom Jahre 1897 gesucht werden. Wenn seit der Zeit eine Veränderung bezüglich der polnischen Bevölkerung eingetreten ist, so ist es höchstwahrscheinlich zuungunsten der Polen geschehen.[32]

Was tun aber die polnischen Publizisten? Indem sie die russischen Ziffern verwerfen, veröffentlichen sie eine Reihe von „richtigen" Zahlen und beweisen, wie stark die polnische Nationalität im Osten ist. Ein jeder Verfasser liefert zwar eigene, von dem andern stark abweichende Daten, alle aber haben eine gemeinsame Eigenschaft: die wissenschaftswidrige Willkür in der Kombinierung. So z. B. wurde die Zahl der Polen in den 6 litauisch-weissruthenischen Gouvernements (für 1910) von 682 000 auf 1 476 000 (also um 116 %) nur deswegen erhöht, weil „die Litauer und die katholischen Weissruthenen zu Polen gravitieren". Manche behaupten

---

[31] In Erkenntnis dieser Sachlage haben auch die gelehrten Verfasser des neuesten polnischen statistischen Handbuches die Ergebnisse der Volkszählung 1897 als Grundlage aufgenommen, indem sie nur beinahe unbewusst einige (willkürliche) Korrekturen hineinsetzten.

[32] Siehe Nachtrag.

rundweg, die Gouvernements Wilna und Grodno seien einfach überwiegend polnisch. In den drei ukrainischen Gouvernements (1910) stieg das polnische Element gleichfalls rund um 100 % (von 411 000 auf 817 0000, weil . . . zukünftig kein Katholik in diesen Gebieten eine andere Sprache als die polnische werde sprechen dürfen. . . . Aber auch diese Zahl ist den polnischen Politikern zu klein, deswegen versichert ein massgebendes polnisches Organ („Czas") in Krakau, in Wolhynien allein seien keine 243 000 Polen, sondern 600 000 Ganz-Polen und ebensoviel Halb-Polen = 1 200 000 Polen (also über 30 %, anstatt 6 %!). Ein für Deutschland bestimmtes Buch begründet z. B. die Notwendigkeit, für den künftigen Polenstaat einen Zugang zur Ostsee gegen Polangen zu erreichen, mit dem Hinweis auf die angebliche Tatsache, dass „das Land im ethnographischen Sinne polnisch ist."[33] Viel Kurzweil bieten übrigens polnische Aufsätze über „Ostpolen", besonders wenn man sie miteinander vergleicht.[34]

Wie obiger Tabelle zu entnehmen ist, bildet das polnische Element in den litauisch-weissruthenischen, zumal aber in den ukrainischen Provinzen, eine verschwindende Minderheit, die nach Gottes- und Menschenrecht zur herrschenden Rolle in der Zeit der Demokratie und der nationalen Idee keineswegs berechtigt sein kann. Wenn die Stärke des polnischen Elementes in diesen Ländern die polnischen Ansprüche auf politische Beherrschung derselben rechtfertigen sollte, dann steht den Deutschen das Recht zu, Kongress-Polen ihr eigen zu nennen, wo sie numerisch (ohne die deutschsprechenden Juden!) gerade so stark sind wie die Polen in Litauen und Weissruthenien, aber viel stärker als die Polen in der Ukraine. Auch in Ungarn ist das deutsche Element bedeutend wichtiger (10,5 %), zumal es über eigene ausgedehnte Volksgebiete verfügt. Fällt es aber den österreichisch-deutschen Politikern deshalb ein, Ungarn zu annektieren? Trotzdem streben die Polen im heutigen Momente der überspannten Nationalgefühle die Bildung eines Staates an, in welchem sie ethnographisch-territorial (20 %) wie numerisch (nicht einmal 30 %) nur einen Bruchteil bilden würden, der auch keine Föderation, sondern ein Nationalstaat, sogar mit dem auch geschichtlich unbegründeten Namen „Polen" sein sollte, ein Staat ohne natürliche Grenzen an Stelle des an seinen Grenzen sehr gut gesicherten, jahrhundertelang ausgebauten Russland! Und ein solches staatliche Ungebilde wird von den Polen als die beste Schutzmauer gegen das etwas nach Osten zurückgedrängte Zarenreich verlangt!

---

[33] Feldmann, S. 80.

[34] Ausser den bereits angeführten Publikationen sei hier noch erwähnt: Studien zur Bevölkerungslehre Polens von M. Szerer (Polen 1, 2, 5); „Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Westrussland" von L. Wasilewski (Sonderabdruck aus „Polen"); „Die Polen und der Krieg" von Guttry (Wien 1915) u. a. Von „Landkarten" kommt in Betracht: J. Gruenberg, Mapa vozsiedlenia ludnosci polskiej, Lemberg 1913. Dieser Vorliebe für die ziffermässige Vermehrung des polnischen Elements im Osten konnten sich sogar die Krakauer Professoren, welche das polnische statistische Handbuch zusammengestellt haben, nicht entziehen: sie verwechseln die Daten über die Konfession mit denen über die Sprache und bezeichnen die ersteren als ein Ergebnis der amtlichen Erhebungen von 1909 bezüglich der Nationalität und Sprache (S. 41—57), was durchaus falsch ist.

Das seltsamste ist aber, dass die Idee eines grossen Polenreiches auch in Deutschland manche Anhänger findet, obwohl diese von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen, wie die polnischen Politiker. Unter anderen befürwortet A. Paquet die Bildung eines föderativen Staatswesens diesseits der Linie Petersburg—Smolensk—Kaukasus.[35] G. Gothein hat zwar gewisse Bedenken, ob es ratsam wäre, auch die Ukrainer dem polnisch-litauischen (bzw. weissruthenischen) Reiche anzugliedern, anstatt einen besonderen ukrainischen Staat zu errichten, glaubt aber, dass die Ukrainer auch im ersteren Falle ganz andere Möglichkeiten haben würden, ihre Kulturgüter zu pflegen, als es in Russland der Fall sei.[36] P. Rohrbach möchte die Polen für die preussischen Teile des polnischen Volksgebietes „an anderen Stellen schadlos halten und ihnen ein in möglichst weiträumigen Grenzen gespanntes Polen errichten", welches ausser Kongress-Polen auch die Gouvernements Kowno, Wilna und Grodno umfassen sollte; im Süden wäre eine selbständige Ukraine zu organisieren.[37]

Die Polen sind jedoch mit diesen deutschen Sympathikern nicht zufrieden. Abgesehen von den diametral abweichenden Ansichten über die innere Struktur des zukünftigen Reiches, gefällt ihnen auch der befürwortete Umfang ihres Reiches nicht: im ersten Falle würden zuviele Ukrainer in den polnischen Staat hineinkommen;[38] vielleicht würde auch Russland allzusehr geschwächt bleiben. Im letzteren Falle wäre Polen viel zu klein, und die ukrainischen Gouvernements haben einen so fruchtbaren Boden; dazu ist die Idee eines ukrainischen Staates mit den polnischen Bestrebungen grundsätzlich unvereinbar. Um die Notwendigkeit der deutsch-österreichisch-ungarischen Politik, Russland vom Schwarzen Meere und von Vorderasien abzudrängen, kümmern sich die Polen nicht. Eine „russenfreundliche" Lemberger Zeitung schreibt sogar noch heute, „es liege keineswegs im polnischen Interesse, dass der Sieger das entscheidende Wort in der polnischen Frage habe.[39] Wie dieser „innere" Konflikt zwischen den Polen selbst und ihren deutschen Gönnern ausgetragen werden wird, kann dahingestellt bleiben. Nehmen wir aber an, dass die siegreichen Zentralmächte den polnischen Wunsch erfüllen und einen polnischen Staat nach geschichtlichem Muster unter diesem oder jenem staatsrechtlichen Verhältnis dieses Neugebildes zu Deutschland und der Monarchie errichten.

Ein Staat von einer solchen Zusammensetzung besitzt heutzutage überhaupt keine Aussichten auf Bestand und Entwicklung, wenn er nicht etwa durch höhere, von der Natur selbst bedingte

---

[35] Nach Osten! (Der deutsche Krieg, 23. Heft, S. 17—20.)

[36] Zum westslawischen Problem. („März" 7. VIII. 1915.)

[37] Bismarck und wir, München 1915, S. 69—73. In seiner neuesten Schrift „Russland und wir" (Stuttgart 1915) hat Rohrbach seine Ansicht bezüglich der künftigen polnischen Grenzen im Osten insoferne geändert, dass er das ganze litauische Volksterritorium für die von seiten Deutschlands zu annektierenden „baltischen Gebiete" vorbehält. (S. 35 ff.)

[38] Manche Polen möchten deswegen sogar das Kiew-Land bei Russland lassen. (Studnicki, pp. cit.)

[39] „Kurjer Lwowski" vom 5. IX. 1915, Nr. 296.

Gewalten zum gemeinsamen politischen Leben angewiesen ist, wie z. B. Oesterreich-Ungarn, besonders dessen transleithanische Hälfte. Hier würden aber eine Reihe von Völkern ohne jegliche Stammes- oder Interessengemeinschaft, vielmehr mit stark ausgesprochenen national-politischen, sozial-wirtschaftlichen und kulturellen Gegensätzen künstlich zu einem politischen Organismus zusammengeschweisst, dem es an moralischer und physischer Kraft fehlen würde, sich nach aussen zu behaupten und im Innern zu entwickeln. Ein solches „Bollwerk" gen Osten würde sein Ziel gänzlich verfehlen.

Dass das einfachste und zweckmäsigste Prinzip in der staatenbildenden Politik das Nationalitätsprinzip ist, kann nicht bestritten werden; gerade solche Länder, wo ethnographische Grenzen mit den politischen nicht übereinstimmen, bilden den gefährlichsten Nährboden für irredentistische Umtriebe, internationale Reibungen und Verwicklungen. Freililch, das Nationalitätsprinzip lässt sich zuweilen, besonders bei den Staaten mit weit zurückreichender geschichtlicher Entwicklung, schwer anwenden, weil oft wichtige Gründe geographisch-militärisch- und wirtschaftspolitischer Natur zwingen, sich über die ethnischen Grenzlinien hinwegzusetzen (z. B. Karpathen, Pyrenäen usw.). Aber wo sind die Gründe, welche die Schöpfung eines völkisch anormalen neuen Staates, dazu mit vielen anderen hergebrachten Gebrechen und Erbsünden, befürworten sollen? — eines Staates, der zur Brutstätte ewiger Unruhen und Gefahren würde? Ein Polen, wie es angestrebt wird, würde nur eine natürliche und in jeder Hinsicht vorteilhafte Grenze haben, und zwar die ihm vielleicht von Oesterreich freiwillig gschenkte — in den Karpathen gegen Ungarn, aber sonst? Dniepr und Düna bilden keine natürlichen Grenzen (jedenfalls nicht bessere als es bei Niemen, Bug und ihren Nebenflüssen der Fall ist), im Gegenteil, die unausbleibliche Lahmlegung der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Ströme müsste eine nie aufhörende Spannung nach sich ziehen. Der oft von den Polen wiederholte Hinweis, die genannte östliche Grenze hätte sich in der Vergangenheit bei dem polnisch-litauischen Reiche bewährt, ist vor allem geschichtlich wenig begründet, verkennt aber besonders den enormen nationalpolitischen und wirtschaftlichen Unterschied zwischen jenen Zeiten und dem heutigen Stand der Dinge. Tief in die zweite Hälfte des XVII. Jahrhunderts lief die südöstliche Kulturgrenze Mitteleuropas ungefähr am mittleren Dnieprstrom und die ethnischen Verhältnisse stimmten damit ziemlich überein. Heute aber sind diese Grenzen weit nach Osten und Süden vorgerückt und die Berücksichtigung der polnischen historischen Ansprüche würde eine Störung des natürlichen Lebensvorganges mit allen Folgen einer solchen hervorrufen. Kurz gesagt: die einzigen natürlichen Grenzen innerhalb des heutigen Russlands werden durch die Sprachen-, Rassen- und Kulturgebiete bestimmt. Die also müssen peinlichst berücksichtigt werden, will man eine dauernde politische Neugestaltung Osteuropas erreichen.

VI.

Die Argumente, welche zur Begründung des angestrebten polnischen Staates herangezogen werden, halten keiner kritischen Prüfung stand. Der Umsand, dass es sich hier um die „historisch-polnischen" Provinzen handelt, spricht eher gegen den Plan als zu seinen Gunsten. Heutzutage erhebt Schweden keine Ansprüche auf seine historischen Provinzen, weder auf Finnland, wo das chwedische Element über 10 % beträgt, noch auf die Ostseeländer, Pommern usw.; dasselbe gilt für Holalnd bezüglich Flanderns, Oesterreich bezüglich Ungarns, Italiens, Belgiens, der Walachei usw. Wenn das sogenannte historische Recht vor allem berücksichtigt werden soll, dann müssten die polnischen Gebiete zwischen Niemen und Pilica Preussen zufallen und das ganze Polen an Deutschland angegliedert werden usw. Das „historische Prinzip" ist zweifellos das unhaltbarste von allen politischen Grundsätzen.

Zum Inhalt der polnischen historischen Ansprüche im Osten übergehend, muss zuerst festgestellt werden, dass das polnische „Recht" auf die litauisch-weissruthenischen Gebiete demjenigen Oesterreichs auf Ungarn analog wäre. Litauen war Polen gegenüber immer ziemlich selbständig; bis 1569 verband bloss eine Personalunion, nachher eine lockere Realunion beide Staaten. Heute aber sprechen die Polen von keiner Union; sie wollen vielmehr einen streng zentralisierten Staat haben, mögen sich die Litauer und Weissruthenen auch noch so heftig dagegen sträuben! Und die ukrainischen Gebiete? Bis 1569 gehörten sie zum staatsrechtlich vollkommen selbständigen Litauen, und bereits 1648 verlor Polen die grössere Hälfte davon. Das „polnische" Kijew war somit tatsächlich nur 80 Jahre polnisch! Auch hinsichtlich Galiziens und des Cholmer Landes . . . welches „Recht" muss vorangehen, das böhmische bis 981, das ukrainische 981—1349, das ungarische 1189—1387, das polnische 1349—1772 oder das österreichische seit 1772? Wenn man andererseits diesen polnischen Ansprüchen Rechnung tragen wollte, so sanktioniert man auch gleichzeitig die polnischen Rechte auf Zips. Schlesien, Posen, Ostpreussen usw.

Die polnischen Vorkämpfer eines solchen monströsen Staates versuchten die sich entgegenstellenden Zweifel dadurch zu beschwichtigen, dass sie dem polnischen Elemente in „Ostpolen" enorme Reichtümer an Grundbesitz zuschreiben. Wir wollen nicht bestreiten, dass in den oben verzeichneten Gouvernements unter den adligen Grossgrundbesitzern viele Polen sind, in manchen Gegenden sogar in überwiegender Zahl, aber es kommt ihnen keineswegs solche Bedeutung zu, dass das Land als polnisch betrachtet werden könnte.[40]

Nach der Berechnung vom Jahre 1905 lassen sich folgende Zahlen für die in Frage stehenden Gouvernements feststellen:[41]

---

[40] Es sind eigentlich polonisierte Adelige, die nur infolge der nationalen Unmündigkeit der einheimischen Bevölkerung (dann der russischen Regierung) zum Polentum halten. Schwingen sich diese Fremdvölker Russlands kulturell und politisch auf, dann ist dieser Adel für Polen verloren.

[41] Statistitscheskij Jezhegodnik na 1913 pod. red. Schirago, 8—16. Handbuch der polnischen Statistik.

Gouvernement	1 Gesamtbodenfläche in Tausenden Dessjatinen	2 Staats- und Kirchenbesitz	%	3 Bauernanteile auf Grund d s Ukas v. 1861	%	4 Privatgrundbesitz a im Ganzen	%	b persönliches Eigentum	%	c persönl. adelig. Eigentum	%
Kowno . . .	3 577	238	7	1 610	45	1 728	48	1 725	48	1 451	40
Wilna . . .	3 177	366	12	1 279	40	1 533	48	1 519	43	1 245	39
Grodno . .	3 278	558	17	1 517	46	1 203	37	1 070	32	791	24
Minsk . . .	8 013	810	10	1 946	24	5 257	66	4 837	51	4 042	50
Witebsk . .	4 054	327	8	882	39	2 135	53	1 943	45	1 295	33
Mohilew . .	4 105	182	4	1 619	40	2 304	56	1 859	45	1 402	34
Zusammen	26 204	2481	10	8 853	34	14 160	54	12 953	49	10 225	39
Wolhynien .	5 772	656	11	2 299	40	2 820	49	2 585	45	2 044	35
Podolien . .	3 657	277	8	1 754	48	1 626	44	1 443	38	1 080	29
Kiew . . .	4 624	424	9	2 107	46	2 092	45	1 801	41	1 528	33
Zusammen	14 053	1 357	10	6 160	44	6 538	46	5 829	41	4 652	33
Summe	40 257	3 848	10	15 013	37	20 698	51	18 782	46	14 878	37

Was sagen uns diese Ziffern? Vorerst muss man bedenken, dass in dem kleinen Teil des Gouvernements Grodno, wo auch polnische Bauern vorhanden sind, ausgenommen, der polnische Boden nur in der letzten Rubrik des Privatgrundbesitzes (40c) zu suchen ist. Dieser letztere aber beträgt wenig über $^1/_3$ des gesamten Bodens in den beanspruchten Gebieten. Dabei ist noch hervorzuheben, dass diese Klasse des ursprünglich rein adligen Grundbesitzes (grösstenteils Grossgrundbesitzer) jahraus, jahrein — den natürlichen Gesetzen der modernen Entwicklung der Landwirtschaft gemäss — zusammenschmilzt. Ein paar Zahlen belehren uns in dieser Richtung. Im Jahre 1877 befanden sich 71 % des gesamtrussischen Privatgrundbesitzes in Händen des Adels, beinahe 6 % in denjenigen der Bauern, ungefähr 2 % der Bürger; im Jahre 1905 dagegen lauteten die Zahlen bereits: 51 %, 13 %, 4 %. Bezüglich der Gouvernements Wolhynien, Podolien und Kiew haben wir für den Zeitabschnitt 1875—1900 folgende Zahlen betreffend den adeligen und den Bauernprivatgrundbesitz: In Wolhynien sank der erstere von 92 % auf 76 %, stieg dagegen der letztere von 0,2 % auf 8 %; in Podolien: 98 — 84 % und 1 — 8 %; in Kiew 97 — 84 % und 1 — 13 %. Im Jahre 1905 betrug der persönliche Privatgrundbesitz in den genannten Gouvernements (wie oben) 5 829 000 Dessj. (41 %), fünf Jahre später (1909/1910) nur 5 009 000 Dessj.) (36 %)[42]. Wir haben also

[42] Statistitscheskij jezhegodnik.

[43] Bartoszewicz, Polski stan possiadania na Rusi, 41 ff. Darüber entfallen ca. 44 000 Dessj. auf den Besitz in ausländischen Händen.

allen Grund zur Annahme, dass die in der letzten Rubrik verzeichnete Kategorie des Privatgrundbesitzes heute nicht viel über ¼ des gesamten Bodens ausmacht.

Ist etwa diese Klasse rein polnisch? Keineswegs! Für Wolhynien, Podolien und Kiew haben wir ganz verlässliche Daten vom Jahre 1910/11, und zwar:

Gouvernement	Gesamte Bodenfläche in Taus. Dessjatinen	Persönl. Privatgrundbesitz		%	Katholischer (vorwiegend poln.) persönl. Privatgrundbesitz	zur Rubrik 2 %	zur Rubrik 1 %	Orthodoxer u. protestantischer (russischer, ukrainischer und deutscher) persönlicher Privatgrundbesitz	zur Rubrik 2 %	zur Rubrik 1 %
Wolhynien .	5 772	Gross .	2028	35	961	47	16	1047	53	18
		Mittel .	148	3	50	34	1	99	66	2
		Klein .	99	2	20	20	0	79	80	1
Podolien . .	3 657	Gross .	1121	30	621	55	17	501	45	14
		Mittel .	47	1	11	23	0	36	77	1
		Klein .	32	1	4	12	0	38	98	1
Kiew . . .	4 624	Gross .	1406	30	620	45	13	786	55	17
		Mittel .	85	2	14	16	0	71	84	2
		Klein .	62	1	5	10	0	57	90	1
zusammen .	14 053	Gross .	4536	32	2202	48	15	2334	52	16
		Mittel .	280	2	75	27	0	205	73	1
		Klein .	193	1	29	15	0	164	85	1
Summe	14 053		5009	35	2506	46	16	2704	54	19

Diese Zahlen wurden anlässlich der Einführung der Semstwo-Verwaltung im Westen Russlands 1908—1909 gewonnen, wobei sämtliche katholischen Grundbesitzer als „polnisch" gerechnet werden; das letztere aber ist nur annähernd richtig, weil unter den angeblichen Polen auch Angehörige ukrainischer bzw. deutscher Nationalität, wenngleich römisch-katholischen Glaubens, sich befinden.[44] Jedenfalls bildete das „polnische" Eigentum lediglich 46 % des persönlichen Privatbesitzes, und da dieser bloss 31,3 % des gesamten Bodens ausmacht, also nur 16,4 % des letzteren, d. h. ein Sechstel, eine unbedeutende Minorität, welche nur durch 6000 Personen vertreten wird!

Für die litauisch-weissruthenischen Gebiete stehen uns keine Daten bezüglich der nationalen Verteilung des Privatgrundbesitzes zur Verfügung. Die Verhältnisse werden wohl stellenweise für die Polen günstiger sein, jedenfalls nicht so weit, wie es die polnischen

[44] A. v. Guttry: Die Polen und der Krieg, 30.

Publizisten glauben lassen, im ganzen Gebiete sogar ungünstiger als in den erwähnten ukrainischen Gouvernements. Die von einzelnen Verfassern angeführten Ziffern weichen gleichfalls stark voneinander ab. Ueberall wird auch das Verhältnis des Privatgrundbesitzes zu den übrigen Klassen verschwiegen. Manche Verfasser rechnen auf die Unkenntnis weiter Kreise in dem Grade, dass sie anstatt des Wortes „Privatgrundbesitz" das Wort „Boden", Grundbesitz usw. gebrauchen.[45] Wenn die Angaben Feldmanns[46] richtig sind, dann haben die Polen: in Kowno 63 %, Wilna 60 %, Grodno 44 %, Winsk 37 %, Mohilew 28 %, Witebsk 39 % des Privatgrundbesitzes. Auf den gesamten Boden bezogen ergeben sich aber folgende Zahlen (wir nehmen den gesamten, nicht den persönlichen adeligen Privatgrundbesitz für 1915, also den für die Polen möglichst günstigen Fall): Kowno 30 %, Wilna 29 %, Grodno 16 %, Minsk 24 %, Mohilew 16 %, Witebsk 21 % der gesamten Bodenfläche; durchschnittlich also weniger denn ein Siebentel (ungefähr 14 %). Ein anderer Pole spricht von „über 5 Millionen Dessjatin" in polnischen Händen Litauens und Weissrutheniens;[47] das heisst 18 % des gesamten Bodens. In Wirklichkeit aber muss der Prozentsatz des wirklich polnischen Grundbesitzes, besonders heutzutage, noch geringer sein.

Viel wichtiger als die täglich schwindende Klasse der Grossgrundbesitzer wäre es für das künftige Polen, wenn dasselbe über eine zahlreiche städtische Bevölkerung verfügen könnte. Das ist aber nicht der Fall. Mit einer unbedeutenden Reihe litauisch-weissruthenischer Städte (zumal Wilna) ist diese Kategorie der polnischen Diaspora ganz minimal.[48] In den ukrainischen Teilen sind die oberflächlich russifizierten Städte im Grunde genommen jüdisch und ukrainisch, aber keineswegs polnisch.

So steht die Sache mit dem so stark ausposaunten „immensen" polnischen Grossgrundbesitze im Osten. Hier muss auch der Massstab für die Berechtigung der polnischen Ansprüche auf diese Länder gesucht werden.

VII.

Wie oben gesagt wurde, soll das polnische ethnographische Gebiet nicht über 20 % des gesamten Flächeninhaltes im künftigen Polenreiche bilden. Vom übrigen entfielen 10 % auf den litauischen, über 30 % auf den weissruthenischen und nahezu 40 % auf den ukrainischen Boden. Wenn die Grenzen der wiederhergestellten polnischen Republik diese

---

[45] Aber auch er verwechselt stellenweise den Privatgrundbesitz mit dem Grundbesitz überhaupt. (Deutschland, Polen, S. 49—51.)

[46] B. Wasilewski op. cit.

[47] Bekanntlich wird eine Reihe von römisch-katholischen Grossgrundbesitzern in den genannten Gouvernements als führende ukrainische Patrioten angesehen.

[48] „Der Pole ist in Litauen tatsächlich erledigt", sagt ein Beobachter während des Krieges. (Reise durch das befreite Litauen, „Voss. Ztg." Nr. 468 vom 13. IX. 1915.)

drei „untertänigen“ Volksstämme voll umfassen solte, dann liese sich noch darüber sprechen. Die wichtigsten aber von ihnen fallen nicht ganz auf das in Aussicht genommene Territorium, infolgedessen würde jedes von ihnen einer Teilung anheimfallen. Beinahe alle Litauer wohnen heute in Russland, für die Weissruthenen trifft dasselbe noch mehr zu. Die ersteren führen jetzt ein ziemlich erträgliches Nationalleben, ihre völkische Individualität wird seitens des russischen Staates anerkannt, gewissermassen sogar unterstützt, nun sollten sie plötzlich durch den Weltkrieg auf die Weise ‚befreit“ werden, dass man den grössten Teil von ihnen dem weit gefährlicheren Gegner, als es die Russen sind — den Polen ausliefert. Heisst dies nicht alle Litauer gewaltsam zu fanatischen Russophilen machen?

Auch die beiden anderen slawischen Völker — Weissruthenen und Ukrainer —, obwohl sie als besondere Nationalitäten in Russland keine Beachtung finden, würden mit einem solchen Wechsel nicht zufrieden sein. Abgesehen von der mit der Teilung verbundenen Schwächung des Volkes, laufen die ersteren noch Gefahr, durch die konfessionelle Verschiedenheit gesprengt zu werden. Die Polen machen ja jetzt bereits kein Hehl daraus, dass sie die katholischen Weissruthenen als Polen zu betrachten und zu behandeln gesonnen sind.[49] Sollte es ihnen wirklich gelingen, den katholischen (kleineren) Teil der Weissruthenen zu polonisieren, dann müsste der übrige orthodoxe (grössere) Teil derselben in Russland der endgültigen Russifizierung anheimfallen, wodurch die russische Tendenz nach der sprachlich kulturellen Einigung aller osteuropäischen Stämme eine beträchtliche Unterstützung erfahren würde, dem augenscheinlichen Interesse Mitteleuropas zuwider, welches die Zerlegung des gewaltigen russischen Körpers in natürliche, somit auch dauerhafte, ethnische, kulturelle und national-politische Bestandteile voraussetzen muss.

Bei den Ukrainern käme ausserdem in Betracht, dass ihre galizischen und bukowinischen Stammesgenossen ihre bisherige, wenngleich relative Freiheit der nationalen Entwicklung in Oesterreich mit der unausbleiblichen Knebelung in Polen eintauschen würden. Bei den Ukrainern überhaupt, besonders bei denen in Oesterreich, ist bereits der Name „Polen“ so verhasst, dass der Augenblick, wo sie sich aus österreichischen Bürgern bzw. russischen Untertanen in polnische Untertanen verwandeln sollten, als der verhängnisvollste Unglückstag in ihrem Nationalleben gelten würde. Einige polnische Publizisten lassen zwar durchblicken, die Ukrainer würden unter der polnischen Herrschaft erst recht zu einem lebensfähigen Kulturvolke erzogen werden, wobei man auf die Entwicklung der galizischen Ukrainer hinweist.[50] Demgegenüber muss betont werden: Die Polen vermochten weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart irgendeinen Beweis zu liefern, dass sie Fremdvölkern gegenüber gerecht sein können. Alle Erwerbungen der

---

[49] Studnicki op. cit. 14—15, Wasilewski op. cit.

[50] A. Brückner, Ruthenen und Kleinrussen. (Intern. Monatsschrift, März 1915.) L. Wasilewski, Polen in Westrussland. M. Staszewski, Die polnische Frage, u. a.

galizischen Ukrainer auf dem nationalem Gebiete sind, wie allgemein bekannt, gegen den Willen der Polen, nur dank den österreichischen Gesetzen bzw. der Regierung, unter den schwierigsten Verhältnissen erkämpft worden. Es genügt, auf die in Oesterreich einzig dastehenden Ausnahmegesetze betreffs des ukrainischen Schulwesens hinzuweisen, welches als polnisches Gegenstück zu dem berühmten russischen Ukas vom Jahre 1876 betrachtet werden kann. Man darf also nicht bezweifeln, dass die Urkrainer im „unteilbaren" Polen einer furchtbaren Unterdrückung ausgesetzt sein und sämtlicher bisheriger Errungenschaften binnen kurzer Zeit verlustig werden würden. — Und das Ergebnis?

Die voraussichtliche Behandlung der Fremdvölker in dem neuen polnischen Staate ohne Rücksicht auf sein staatsrechtliches System — mag er mehr oder weniger an die Zentralmächte angelehnt sein — müsste naturnotwendig das Verhältnis zu Russland, wo beträchtliche Teile derselben Völker zurückbleiben sollen, beeinflussen. Nun sind zwei Möglichkeiten denkbar: a) die polnischen und russischen Fremdvölker werden nach gleicher Methode unterdrückt, was zu politischer Interessengemeinschaft zwischen beiden Staaten führen müsste, wie es bereits zwischen Polen und Russland lange Zeit im 17. und 18. Jahrhundert und vor dem Kriege in Galizien der Fall war;[51] b) es entwickelt sich eine Konkurrenz in der Behandlung der gemeinsamen Fremdvölker. Russland macht nationale Zugeständnisse, wie es schon heute durchblicken lässt und gebärdet sich als Protektor und Erlöser. Wer damals den Kürzeren zog, steht ausser jedem Zweifel. . . . .

Die wahnwitzige Idee der Polen, sie wären imstande, binnen kurzer Zeit die Fremdvölker zu verdauen, bedarf keiner besonderen Erläuterung. Sie versprechen nämlich, zwei politische Muster befolgen zu wollen, das preussische, rücksichtlich der inneren Kolonisation und das ungarische, rücksichtlich der Nationalitätenpolitik, welch letztere nur eine politische „Nation", die polnische, und im Rahmen dieser eine Reihe von minderwertigen „Nationalitäten" voraussetzen wird. Abgesehen davon, dass die Polen sich die hervorragenden Eigenschaften der preussischen oder gar der ungarischen Verwaltung kaum jemals aneignen werden, bedarf die Aussichtslosigkeit jener polnischen Bestrebungen keiner eingehenderen Begründung. Die Analogie mit Preussen und Ungarn ist schon deswegen nicht stichhaltig, weil das staatliche Element in diesen Ländern verhältnismässig sehr stark ist. Hier liegen die Dinge ganz anders.

---

[51] Bezüglich Galiziens kann nicht mehr bezweifelt werden, dass die politisch entscheidenden polnischen Parteien, die nahezu ausschliesslich aus der ostgalizischen Intelligenz bestehenden Allpolen und Podolier, in einen stillen Abkommen mit Russland hinsichtlich der Behandlung des gemeinsamen inneren Feindes standen. Näheres darüber in der Publikation „Dokumente des polnischen Russophilismus in Galizien" von Dr. M. Lozynskyj. Berlin 1915. Verlag Kroll. Durch die historische und zeitgenössische Erfahrung wird daher die Ueberzeugung mancher deutschen Politiker, dass im Falle einer grösseren Ausdehnung des künftigen Polenstaates gen Osten seine Inhaber für alle Ewigkeit mit Russland verfeinden müsste, widerlegt; im Gegenteil, eine Teilung der Interessensphären ist im vornherein zu erwarten.

Wenn auch alle Polen sich gleichmässig über das ganze Gebiet ihres Zukunftsstaates verteilten, würde sich noch immer eine Minorität bilden, welche trotz aller energischen Regierungsmethoden eine fremde Mehrheit zu assimilieren ausserstande sein müsste.

An den betreffenden Bemühungen wird es freilich nicht mangeln. Ein diesbezügliches Rezept liegt bereits fertig vor: Die nationalen Bestrebungen der Litauer sind ja „nur als ein vorübergehendes Resultat russischer Aufhetzung anzusehen" und dementsprechend zu behandeln; die Weissruthenen „gravitieren zum Polentum und werden leicht und schnell assimiliert"; die Ukrainer — „einige Millionen ruthenischer Bauern (die nur Bauern bleiben müssten) — kommen wenig in Betracht".[52] Seit jeher empfanden die Polen jeden nationalen Fortschritt, ja sogar jedes Anzeichen nationalen Bewusstseins der historischen Untertanen Polens schmerzlich, nicht nur derjenigen, die ihnen tatsächlich dienstpflichtig waren (Ukrainer in Galizien), sondern auch jener, die erst in Zukunft unter die polnische Botmässigkeit zurückkehren sollten. Der mit Verachtung verbundene Hass gegen die unbotmässigen Untertanen verstärkte sich während des Krieges und nahm solche Formen an, wie sie nur zwischen kriegführenden Nationen zu finden sind.[53] Dass eine auf diesen Prinzipien aufgebaute, auf das Niederhalten der national-kulturellen Entwicklung zahlreicher Völker abzielende Nationalitätenpolitik ein klägliches Ende finden und das ganze Gebäude erschüttern wird, steht gleichfalls ausser Zweifel.

Die national-politischen Kämpfe in einem solchen zukünftigen Polen werden noch durch religiös-kulturelle und wirtschaftlich-soziale Gegensätze und Zwistigkeiten verschärft und kompliziert werden. Die oben angedeutete Behandlung des römischen Katholizismus seitens der Polen und ihre grundsätzliche Abneigung gegen die kirchliche Union wird ein unhaltbares Verhältnis zwischen dem herrschenden Katholizismus und der niedergedrückten Orthodoxie (bzw. Union) herbeiführen, ein Verhältnis, welches gerade so verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen wird, wie es einmal in der Geschichte unter ähnlichen politischen Verhältnissen der Fall war: die sog. ruthenische Kirche wird zum Werkzeug einer erneuerten russophilen Propaganda, zumal wenn in Russland die Idee der kirchlichen Union Anerkennung finden sollte.[54]

---

[52] Siehe bei Studnicki, Wasilewski u. a. Vgl. Lozynskyj: Wie die Polen ihre Freiheit verstehen. (Als Manuskript gedruckt.)

[53] Aus verständlichen Gründen ist vorläufig nur sehr wenig davon in die breitere Oeffentlichkeit eingedrungen; erst nach dem Kriege wird es in vollem Umfange ans Tageslicht gelangen können.

[54] Bezeichnend für die Logik der polnischen Politik ist gerade die Behandlung der kirchlichen Frage in den beanspruchten Gebieten. Die Idee einer politischen Verselbständigung der Ukrainer wird polnischerseits (z. B. von dem bekannten russophilen Allpolen, Mitarbeiter des berüchtigten Lemberger „Slowo polskie" und des Petersburger „Nowoje Wremja", Prof. Dr. A. Brückner zu Berlin, in seinen zahlreichen gegen die Ukrainer gerichteten deutschen Aufsätzen) mit dem Hauptargumente bekämpft, dass der orthodoxe Glaube der Ukrainer in Russland das untrennbare Band der nationalpolitischen Gemeinsamkeit zwischen denselben und den Russen, gleichwie das unüberwindliche Hindernis in der Be-

Nicht besser wird es auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiete sein. Der Umstand, dass das Polentum im Osten vorwiegend durch den Grossgrundbesitz vertreten ist, muss eine besondere polnisch-nationale Agrarpolitik zur Folge haben; sie wird voraussichtlich eine ähnliche sein, wie sie bisher in Galizien geführt wurde, entweder den Entwicklungsprozess des kleineren Grundbesitzes auf jede Weise aufzuhalten oder die unaufhaltsame Liquidation der Latifundien zum Zwecke einer grossangelegten Kolonisation des polnischen Elementes auf fremdvölkischem Boden zu organisieren, damit auf diese Weise an Stelle der Latifundien rein polnische Gemeinden entstehen und damit der Uebergang des Bodens in die Hände der autochthonen Bevölkerung verhindert werde. Angesichts dessen, dass die heutige russische Gesetzgebung und Verwaltung in mancher Hinsicht den natürlichen Prozess der Zersetzung der Latifundien fördert und dem einheimischen Bauern eine Möglichkeit gibt, seinen Grundbesitz zu vermehren, werden die Folgen einer solchen Politik nicht lange auf sich warten lassen.[55]

Infolge des Mangels an dem echten polnischen Elemente im Osten und der Schwierigkeit, die autochthone Bevölkerung zu polonisieren, werden die Polen auch versuchen, aus dem hier ziemlich stark auftretenden Judentum, welches sich grundsätzlich zur herrschenden Nationalität zu bekennen pflegt, ein Polonisierungswerkzeug zu machen und deswegen werden sie genötigt sein, die jüdischen Klasseninteressen zum Nachteil der autochthonen Bevölkerung zu begünstigen, obwohl sie bei sich zu Hause eine antijüdische Politik fortsetzen werden. Dass diese Politik einen furchtbaren Antisemitismus zur Folge haben wird, bedarf keiner näheren Begründung.

Auf diese Weise wird der von den Polen in Galizien ziemlich erfolgreich angewandte Versuch, den nationalen Gegner auszuhungern, in dem mehr oder weniger unabhängigen Polenstaate nicht nur einen unumschränkten Betätigungsraum, sondern auch eine dementsprechende Rückwirkung finden.

Die durch die Polen bedrohten Völker werden in Russland hauptsächlich in einer Richtung, der nationalen, unterdrückt, was vorzugsweise die gebildeten Schichten zu spüren bekommen; in Polen dagegen würde sich diese Knechtung auf sämtliche Lebensgebiete erstrecken, das nationale wie das soziale, das kulturelle wie das wirtschaftliche, in allen ihren Erscheinungen, wodurch die breitesten Volksschichten in Mitleidenschaft gezogen werden müssten. In solchen Ver-

---

freiung der Ukraine bilde, was angeblich durch die Geschichte hinreichend bestätigt werden sollte. Abgesehen davon, dass die ruthenische Kirche in Polen erst nach einer Jahrhunderte dauernden Unterdrückung gewaltsam in das russische Fahrwasser hineingetrieben wurde, ist es sonderbar, dass die Polen jetzt viele Millionen von den Gläubigen dieser Kirche in ihren streng katholisch-nationalen Staat um jeden Preis aufnehmen wollen. Wird die ukrainische orthodoxe Kirche mit einer zweifelhaften Toleranz in Polen besser zufriedengestellt, als mit einer Souveränität in allfälligem ukrainischen Staate?

[55] Ein Vorgeschmack der polnischen Agrarpolitik kann aus dem heutigen Verlangen der polnischen Presse nach der „Rückgabe der Güter an die rechtmässigen Erben der seinerzeit von Russland gemassregelten Besitzer", d. h. polnischer Rebellen von 1863 gewonnen werden. (Polen I, 40.)

hältnissen würde das Zeitalter der russischen Herrschaft als eine aetas aurea im Gedächtnisse der Völker erhalten bleiben. Gegen einen solchen Russophilismus bliebe dann jede Massregel erfolglos. — Und schliesslich würde sich dasselbe wiederholen, was im Jahre 1654 geschah. Als der ukrainische Herzog vor seinem Volke das Dilemma aufrollte, wofür es sich im kritischen Augenblicke entschliessen würde, für Polen oder Moskowien, da lautete der in überwiegender Mehrheit gefasste Volksbeschluss: „Lieber unter den moskowitischen Zaren als unter den polnischen König!"

VIII.

Sollte jemand dem oben Gesagten gegenüber behaupten, dass all die bösen Folgen einer Wiederherstellung des ehemaligen polnischen Reiches durch eine entsprechende und voraussehende Verfassung des neuen Staates beseitigt bzw. gemildert werden könnte, so ist er im Irrtum. Wir wissen zwar, dass manche deutschen Anhänger eines grossen polnischen Zukunftsstaates, z. B. Paquet und Gothein, in dem föderativen Prinzipe der polnischen Staatseinrichtung ein geeignetes Remedium gegen die vorauszusehenden polnischen Missgriffe gegenüber den Fremdvölkern gefunden zu haben glauben; der letztere misstraue sogar den Polen bis zu dem Grade, dass er die Entscheidung über innere Konflikte national-politischer Natur im künftigen Polenreiche einem ausländischen Gerichtshofe, z. B. dem internationalen Schiedsgerichtshofe in Haag, angewiesen haben möchte! Wäre es nicht zweckmässiger, lieber eine Reihe von besonderen Staaten nebeneinander, als einen solchen komplizierten Staatsorganismus zu errichten? Die Hauptsache bei diesen föderalistischen Plänen liegt aber darin, dass dies nur Rechnungen ohne den Wirt sind. Die Polen wollen von irgendeiner Föderation, Autonomie einzelner Teile, Gleichberechtigung der Nationalitäten und Sprachen nichts wissen. Im Gegenteil, sie kündigen schon jetzt an, dass sie „energisch" regieren werden, dass sie kolonisieren und zwangsweise entnationalisieren werden, dass sie als ein Herrenvolk die anderen Bauernstämme standesgemäss behandeln werden, usw. usw. Es ist ja kein Zufall, dass sie ihre Ansprüche auf alle Gebiete der historischen Republik so vielfach und so nachdrücklich erheben, ohne irgendeine Vereinbarung mit den politischen Vertretern der betreffenden Fremdvölker erzielt, ohne eine Annäherung an dieselben gesucht, ohne einen wenigstens scheinbaren Schritt in dieser Richtung gemacht zu haben. Kann jemand bei solchen Verhältnissen glauben, dass die Polen einen nicht nationalistisch-zentralisierten Staat wünschen und einen solchen befürworten werden? Und sollte ihnen eine solche Staatsverfassung aufgedrängt werden, werden sie deren Gesetze dann unangetastet lassen? Sapienti sat!

All diese Momente national-politischer, wirtschaftlich-sozialer und geistes-kultureller Natur sind für die Behandlung der polnischen Frage nicht erst dann von Bedeutung, wenn die Aussicht vorhanden ist, alle von

den Polen beanspruchten Gebiete zu erobern und staatspolitisch neu zu gestalten; es sind vielmehr prinzipielle Erwägungen für jeden konkreten Fall, wenn irgendein ethnographisch nichtpolnische Land, sei es grösser oder kleiner, mit dem eroberten und bereits militärisch gesicherten echten Polenlande verbunden werden sollte. Wenn die erörterten Momente überhaupt in Betracht kommen sollen, dann verlieren sie nicht das geringste von ihrer Tragweite, wenn es sich auch nur um die Gouvernements Suwalki und Cholm, insbesondere um Ostgalizien handelt. Kein Teil des litauischen, weissruthenischen oder ukrainischen geschlossenen Gebietes darf mit dem eigentlichen Polen vereinigt werden, wenn man nicht in die neuen politischen Verhältnisse einen später vielleicht unaustilgbaren Bazillus politischer Krankheit aufnehmen will. Dies muss einer der leitenden Gedanken bei der bevorstehenden Lösung der polnischen Frage sein, ohne Rücksicht darauf, ob es zur Bildung eines einheitlichen polnischen Staatswesns oder geteilter autonomen Provinzen kommt.

Ausser den besprochenen Erwägungen allgemeinen Charakters ist dabei noch eine besondere Rücksicht schwerwiegend. Sollte die künftige Demarkationslinie zwischen den Zentralmächten und Russland wider Erwarten nicht viel östlicher verlaufen als die Linie Njemen—Bug—Zbrucz, dann kommt den nicht-polnischen Grenzgebieten, welche von Litauern, Ukrainern bzw. Weissruthenen bewohnt sind, eine politisch und militärisch hochwichtige Rolle zu, als Ostmarken der Zentralmächte mit all ihren politischen und strategischen Aufgaben Russland gegenüber zu dienen. In diesem Falle dürfen sie unter keiner Bedingung der polnischen Verwaltung unterstehen. Diese Verwaltung hat sich in Galizien, sowohl hinsichtlich der Schuld an dem Kriege (diese Tatsache braucht nicht mehr nachgewiesen werden) als auch rücksichtlich ihrer politischen Ehrlichkeit, sachlichen Tüchtigkeit und amtstechnischen Gewandtheit stark kompromittiert und viele Ereignisse verhängnisvoll beeinflusst (der Verlauf des Sommerfeldzuges 1914 in Galizien belastet nicht wenig das Konto der polnischen Verwaltung). Angesichts der unausbleiblichen Revanchesucht Russlands wäre eine Wiederholung des polnischen Verwaltungsmusters — wo die Beseitigung eines Kaiserlichen Statthalters, erblichen Mitgliedes des Herrenhauses, Kavaliers des Goldenen Vliesses usw. und eines gefeiertesten Nationalhelden im modernen Polen wegen seiner offenkundigen russophilen Gesinnung (einer von seinen Söhnen wurde als österreichischer, der andere als russischer Untertan erzogen!) erst durch dessen Ermordung möglich geworden war — nichts als ein politisches Verbrechen an den Zentralmächten. Nicht der Form nach, sondern dem Grundsatze und Inhalte nach müssen neue Bahnen betreten werden.

Der Hinweis auf Galizien vor dem Kriege kann nicht stark genug betont werden. Es gibt nämlich viele angesehene politische Persönlichkeiten bei den Zentralmächten, welche glauben, die oben angeführten Befürchtungen wären nur für einen all-

fälligen, ganz selbständigen polnischen Staat („Pufferstaat") zutreffend, kaum aber bei einer staatsrechtlichen Anlehnung des zu errichtenden Polens an Oesterreich bzw. die Monarchie möglich. Wenn aber bereits ein Wien unterstehendes Kronland so verhängnisvoll werden konnte, ist dann zu erwarten, dass ein dreifach vergrössertes Galizien, welches eine Ungarn, wenigstens aber Kroatien, analoge Stellung einnehmen würde, die innerpolitische und die internationale Lage der Monarchie günstiger beeinflussen wird? Wenn es bereits bei dem dualistischen System der Monarchie nicht leicht war, eine einheitliche Staatspolitik nach aussen zu führen und die Einheit der Armee aufrecht zu erhalten, dann werden sich solche Schwierigkeiten verdoppeln und verdreifachen, wenn es zu einem trialistischen oder vielmehr quadratistischen System[57] kommt. Man darf nicht vergessen, dass die „unerlösten" Teile des polnischen Volksgebietes im Westen liegen werden (Preussen, Posen, Schlesien). Uebrigens könnte man die polnische Wirtschaft als eine historische Rarität auch weiterhin kultivieren lassen, aber gegen Anlegung solcher Reservate an der Peripherie der Monarchie bzw. der Zentralmächte muss sich die staatsmännische und militärpolitische Klugheit entschieden verwahren.

Wir sind am Schlusse unserer Betrachtungen angelangt. Als Gesamtergebnis des Obigen muss folgendes festgesetzt werden:

1. Die eroberten Länder Russlands bilden in kriegsrechtlicher Hinsicht das Eigentum von drei Staaten, Deutschland, Oesterreich und Ungarn; deswegen muss auch die Regelung der künftigen politischen Stellung dieser Gebiete durch ein besonderes Abkommen zwischen den Interessenten zustandekommen.

2. Das zu lösende polnische Problem bezieht sich nur auf die Russland entrissenen Teile des polnischen Volksgebietes (geschlossenes Sprachgebiet.)

3. Wenn aus dem eroberten polnischen Volksgebiete eine besondere politische Einheit geschaffen werden soll, darf das neue polnische Land keine nichtpolnischen Gebiete umfassen.

4. Aus den Russland abgenommenen Gebieten, die weiter östlich bzw. nördlich liegen, soll man unter genauer Berücksichtigung des Nationalitätenprinzips besondere, den Zentralmächten entsprechend angelehnte politische Einheiten bilden.

5. Galizien soll nach seinen ethnographisch-sprachlichen Bestandteilen administrativ geteilt

---

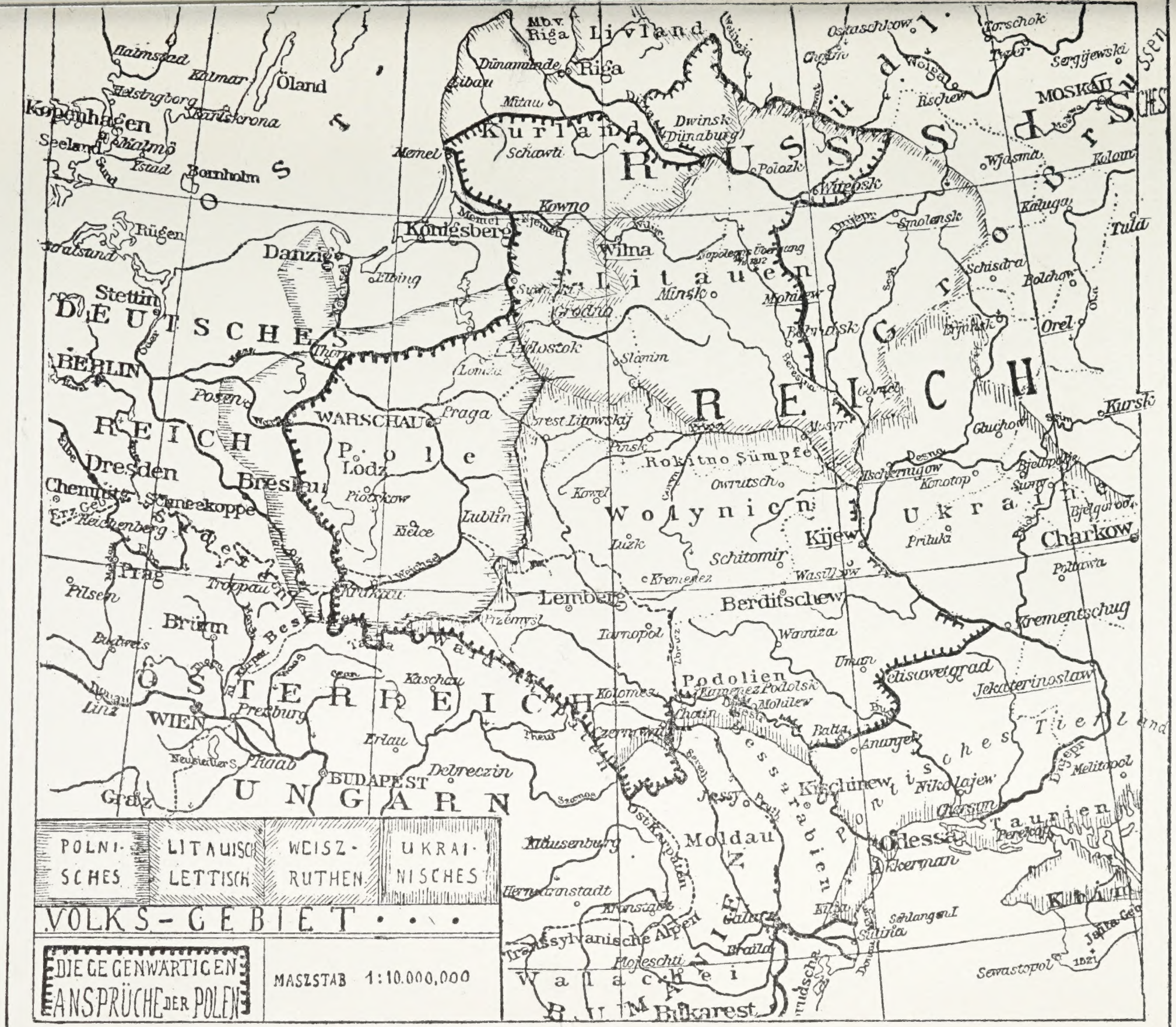
[57] Graf Andrassy, der für die Vereinigung Galiziens mit Polen anstatt mit Ungarn! und Angliederung des Ganzen an die Monarchie schwärmt („N. Fr. Pr." vom 12. IX. 1915), wird hoffentlich vorbereitet sein, ein südslawisches Gegenstück zu protegieren.

werden, um aus Ostgalizien ein besonders organisiertes Kron- bzw. Reichsland zu errichten.

6. Eine vorzunehmende allgemeine Verfassungsrevision und Verwaltungsreform in Oesterreich muss den neuen Ländererwerbungen Rechnung tragen, ohne die Einheitlichkeit des Staates und Heerwesens zu schwächen, im Gegenteil — um dieselben zu stärken.

Wien, am 15. September 1915.

Gedruckt in der Buchdruckerei der „Deutschen Tageszeitung", A.-G., Berlin SW. 11, Dessauerstr. 6/7.



POLNISCHES
LITAUISCH LETTISCH
WEISZRUTHEN
UKRAINISCHES
VOLKS-GEBIET
DIE GEGENWÄRTIGEN ANSPRÜCHE DER POLEN
MASZSTAB 1:10.000,000
Livland
Riga
Kurland
Memel
Königsberg
Danzig
Elbing
Stettin
DEUTSCHES REICH
BERLIN
Posen
Dresden
Breslau
Prag
Brünn
WIEN
Preßburg
BUDAPEST
Debreczin
Graz
UNGARN
ÖSTERREICH
Lemberg
Przemysl
Lublin
Kielce
Lodz
WARSCHAU
Praga
Polen
Kowno
Wilna
Litauen
Minsk
Grodno
Pinsk
Rokitno Sümpfe
Wolynien
Kowel
Luzk
Schitomir
Kijew
Berditschew
Podolien
Kamenez Podolsk
Moldau
Jassy
Kischinew
Odessa
Akkerman
Taurien
Krim
Sewastopol
Nikolajew
Cherson
Jekaterinoslaw
Krementschug
Poltawa
Charkow
Kursk
Orel
Tula
Kaluga
Smolensk
Mohilew
Witebsk
Polozk
Dwinsk
Dünaburg
Moskau
Rußisch Großrußisches Reich
Ukraine
Pontisches Tiefland
Walachei
Bukarest
Transsylvanische Alpen
Klausenburg
Hermannstadt
Kronstadt
Moldau
Bessarabien
Ostkarpaten
Kopenhagen
Malmö
Seeland
Bornholm
Rügen
Stralsund
Öland
Kalmar
Halmstad
Helsingborg
Karlskrona
Ostsee